

fonction publique

numéro 284
janvier 2025
57^e année
paraît 4 fois par an

PR-COUP ODER EHRLICHES ZIEL?



Ein gut funktionierender Sozialdialog ist die Voraussetzung für eine nachhaltige effiziente Sozialpolitik. Zuletzt wurden die Gewerkschaften jedoch mehrmals von den politisch Verantwortlichen ins Abseits gedrängt. Mit der angekündigten „Sozialrunde“ will die „business-friendly“ Regierung den Sozialdialog wieder auf Vordermann bringen. Über diesen Wiederbelebungsversuch zeigt sich die CGFP vorsichtig optimistisch. Das neue Diskussionsformat darf keineswegs zu einer ergebnislosen Plauderstunde mutieren, die lediglich dazu dient, das bewährte Tripartite-Modell auszuhöhlen.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 9



Regierung hüllt sich in Schweigen

CGFP IN LAUERSTELLUNG



Die 115-Jahr-Feier der Gewerkschaftsbewegung im Staatsdienst hinderte die CGFP nicht daran, auch auf der jüngsten Vorstandskonferenz kritische Töne anzuschlagen. Die Regierung habe keinen Wählerauftrag, um eine Pensionsreform in die Wege zu leiten, hieß es. An die Delegierten ging der Aufruf, sich für mögliche gewerkschaftliche Aktionen bereit zu halten. Grundlegende Gewerkschaftsrechte dürften nicht infrage gestellt werden, lautete eine weitere Kernbotschaft. Zugleich wurde der Blick auf die im März stattfindenden Sozialwahlen gerichtet, dies mit der klaren Botschaft, die CGFP-Listen massiv zu unterstützen, damit die CGFP die unangefochtene Nummer 1 bleibe.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 10 bis 19

Viele Baustellen, keine klaren Anhaltspunkte

Das erste Jahr der Frieden-Bettel-Regierung war unter anderem von gesellschaftspolitischen Spannungen geprägt. Auch nach dem ersten Amtsjahr des CSV-DP-Tandems ist es schwierig, sich ein vollständiges Bild über dessen wahren Absichten zu machen. Bei den Schwerpunktthemen, die in dieser Legislaturperiode im Vordergrund stehen werden, lassen sich die politisch Verantwortlichen immer noch nicht in die Karten schauen.

Wenig aufschlussreich war in dieser Hinsicht auch das Neujahrsinterview, das Premierminister Luc Frieden RTL Tele zum Jahreswechsel gestattete. Statt die politische Stoßrichtung für die kommenden Monate vorzugeben, waren klare und verbindliche Aussagen Mangelware. Abgedroschene Polit-Floskeln wie „Mir sinn am gaangen, dat ze kucken“ oder „dorunner schaffe mir intensiv“ gab es hingegen in Hülle und Fülle.

Wer ein klares Bekenntnis zu einem leistungsstarken öffentlichen Dienst erwartet hatte, wurde enttäuscht. Obwohl der Premierminister auf den Staatsdienst angesprochen wurde, ging er nicht näher darauf ein.

Bei der Rentenproblematik ist den aufmerksamen Zuschauern jedoch nicht entgangen, dass die Regierung

eine neue Phase eingeläutet hat. Wurde bislang eine mögliche Reform lediglich in Erwägung gezogen, macht Luc Frieden jetzt keinen Hehl mehr daraus, dass seine Regierung die Altersvorsorge neugestalten will, vorausgesetzt, dass es eine „breite Mehrheit“ dafür gibt. Unklar ist hingegen, ob sich diese breite Mehrheit nur auf die Parteien bezieht oder auch die Gewerkschaften einschließt.

Über die große und längst überfällige Steuerreform zur finanziellen Entlastung der Privathaushalte breitet die Regierung weiterhin den Mantel des Schweigens. Frieden bekräftigte lediglich, dass die Koalition 2026 ihre Pläne unterbreiten werde. Rund zwei Wochen später wurde seine Aussage widerlegt. Der Finanzminister ließ wissen, dass er noch dieses Jahr dem Parlament einen konsensfähigen Vorschlag für eine generelle Individualisierung bei der Besteuerung vorlegen will. Schließlich will die Regierung in den kommenden Monaten eine neue Strategie zum künftigen Umgang mit der Künstlichen Intelligenz festlegen. Auch hier täte die Koalition gut daran, die Gewerkschaften von Beginn an einzubinden.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 5 und 7

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/141



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

EDITORIAL



CGFP: „Zesumme si mir staark!“

2024, ein in vielen Hinsichten turbulentes und nicht immer erfreuliches Jahr, gehört der Vergangenheit an. Neue, große Herausforderungen stehen an, die es gemeinsam zu meistern gilt.

Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, die Nachwirkungen der US-Präsidentschaftswahl, handlungsunfähige Regierungen in unseren Nachbarländern, sofern es überhaupt noch welche gibt, übermäßig hohe Immobilienpreise, absehbare, von der Koalition und den Unternehmerverbänden zugleich gewollte (?) Diskussionen über Rentenverschlechterungen, steigende Politikverdrossenheit, eine fortschreitende Infragestellung der gewerkschaftlichen Rechte, all dies und vieles mehr steht auf der aktuellen Tagesordnung.

2025 wird aber auch das Jahr der Wahlen zur „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ sein, die alle fünf Jahre stattfinden. Für die CGFP ist dieser Termin von allergrößter Bedeutung, geht es hier doch in erster Linie um die Repräsentativität auf nationaler Ebene.

2020 fanden die Berufskammerwahlen in äußerst schwierigen Zeiten, inmitten des Pandemieausbruchs statt. Seit der letzten konstituierenden Sitzung der Berufskammer am 25. Juni 2020 ist so manches passiert.

Neben den gravierenden Auswirkungen der COVID-Krise, die uns allen in Erinnerung geblieben ist, sieht der Rückblick auf diese fünf Jahre kurz zusammengefasst folgendermaßen aus:

Beginnen wir mit den fünf aufeinander folgenden Tripartite-Sitzungen. Nach einer Unterbrechung von knapp zehn Jahren fand am 3. Juli 2020 eine von den national repräsentativen Gewerkschaften – darunter die CGFP – geforderte Dreierunde statt. Diese befasste sich ausschließlich mit dem wichtigen Thema der Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung, obwohl die Gewerkschaften auch andere Anliegen wie die Steuerpolitik, die Wohnungsbauproblematik sowie die schwindende Kaufkraft auf die Agenda setzen wollten.

Die CGFP sprach sich daraufhin für den Erhalt und die Stärkung der Kaufkraft und gegen Steuererhöhungen aus, wohlwissend, dass das Kapital im Vergleich zu den Arbeitseinkommen viel zu wenig besteuert wird.

Am 13. Dezember 2021 kam es zu einer weiteren Tripartitesitzung, die grob gesagt jedoch nur aus drei getrennten Monologen bestand, die von der Regierung, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden vorgetragen wurden. Einen echten Meinungsaustausch gab es nicht und richtige Verhandlungen erst recht nicht. Der damaligen Regierung wurde Arroganz vorgeworfen.

Die dritte Dreierunde fand im März 2022 statt. Die schwierigen Verhandlungen führten am 30. März zu einer nicht von allen Seiten gebilligten Übereinkunft, dem sogenannten „Solidaritéitspak“. Anschließend forderte die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ im Mai mit Erfolg eine Überarbeitung des von der Regierung vorgelegten Tripartite-Gesetzesentwurfs, da dieser dem unterschriebenen Abkommen in wesentlichen Punkten nicht sinngetreu entsprach.

Nach bilateralen Gesprächen im August stand im September eine erneute Tripartite-Runde an, die am 28. September zu einem diesmal wieder von allen Parteien unterzeichneten Abkommen führte. Obwohl hier für die Bürger höchstwichtige Punkte wie die Energiepreisbremse oder der Erhalt des Indexmechanismus mit einfließen, kam keine Einigung zur Anpassung der Steuertabelle an die Inflation zustande.

Immer wieder hatte die CGFP ihre Forderung nach einer Anpassung der Steuertabelle gebetsmühlenartig wiederholt, um somit einer schleichenden Steuer-

erhöhung vorzubeugen. Zuletzt war dies im Februar 2023 der Fall. Im Anschluss daran forderten die drei national repräsentativen Gewerkschaften bei diesem brennenden Thema ein Dringlichkeitstreffen mit dem Staatsminister.

Nach weiteren Bipartiten fand am 3. März 2023 die bis dato letzte Tripartite-Runde statt. Es ist allein dem Verhandlungsgeschick und der Hartnäckigkeit der geschlossenen Gewerkschaftsfront zu verdanken, dass im Verlauf der Gespräche die Anpassung der Steuertabelle an die Inflation in die Verhandlungen miteinbezogen wurde.

Das Abkommen vom 3. März beinhaltete eine Fortsetzung der Energiepreisbremse bis Ende 2024 sowie eine – wenn auch nur teilweise – Anpassung der Steuertabelle an die Preisteuerung.

Die CGFP bleibt auf jeden Fall bei ihren Forderungen nach einer vollständigen und darüber hinaus automatischen Angleichung des „barème fiscal“ an die Inflation. Zugleich tritt sie für eine tiefgreifende Steuerreform ein.

Neben diesen wichtigen Tripartite-Sitzungen und in Anbetracht immer wieder aufkommender, von gewissen Kreisen gezielt provozierten Neiddebatten traf die CGFP am 17. November 2020, einen Tag vor der geplanten Abstimmung im Parlament, eine Einigung mit dem Bildungsminister. Der Gesetzesentwurf, der es Akteuren aus der Privatwirtschaft ermöglichen sollte, Direktionsposten in den Lyzeen zu besetzen, wurde zurückgezogen und überarbeitet.



Am 2. Februar 2021 unterzeichnete die CGFP daraufhin mit dem Bildungsminister ein Abkommen, mit dem dieses Gesetzprojekt endgültig vom Tisch war.

Die CGFP setzte sich auch weiterhin gegen Privatisierungstendenzen im öffentlichen Dienst ein. Im Januar 2021 leitete sie sogar diesbezüglich ein Schlichtungsverfahren ein. Zudem vertrat sie weiterhin die Meinung, dass das Bewertungssystem völliger Schwachsinn sei. Angesichts der Corona-Krise stellte die CGFP bei dem im März 2021 unterzeichneten Gehälterabkommen vernünftigerweise und ganz im Interesse des Landes keine finanziellen Forderungen.

Im Oktober 2022 unterzeichnete die CGFP mit dem Minister des öffentlichen Dienstes ein Abkommen zur Telearbeit.

Am 9. Dezember 2022 wurde schlussendlich ein neues Gehälterabkommen erzielt, in dem, neben Gehaltsaufbesserungen und besseren Arbeitsbedingungen auch die von der CGFP vehement geforderte Abschaffung des Bewertungssystems in ALLEN Bereichen festgehalten wurde.

Niemand konnte damals erahnen, dass die Regierung im Juli 2023 mit der Reform des Armeegesetzes in diesem Punkt einen flagranten Wortbruch begehen würde.

Nach den Parlamentswahlen und in Anbetracht einer neuen Regierungskoalition kam es wegen des Vertragsbruchs und dem mangelnden Sozialdialog am 29. April 2024 zu einer großen und erfolgreichen CGFP-Protestveranstaltung. Anschließend wurden die Diskussionen über die noch ausstehenden Punkte des letzten Gehälterabkommens wiederbelebt.

Am 30. Juli 2024 verpflichtete sich der Staatsminister, kein erneutes Bewertungssystem in den öffentlichen Verwaltungen während der laufenden Legislaturperiode einzuführen. Im Dezember 2024 wurde auch dieser Punkt des letzten Gehälterabkommens per Gesetz umgesetzt.

Auch einer raschen Abstimmung zur „Harmonisation des carrières inférieures“ dürfte nichts mehr im Weg stehen, nachdem der Staatsrat in seiner Sitzung vom 20. Dezember 2024 dem Gesetzestextvorschlag grünes Licht erteilt hat.

Schlussendlich zeigt sich immer mehr, dass die Gewerkschaftsarbeit nicht einfacher, sondern immer schwieriger wird, insbesondere dann, wenn die Volksvertreter, wie im Rentendossier, dem Wähler die wahren Absichten vor den Wahlen bewusst verschweigen. Immer öfter werden Gewerkschaftsrechte nicht eingehalten oder mit fadenscheinigen Argumenten auf politischer Ebene infrage gestellt. Gewerkschaftsvertreter werden aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit benachteiligt. Dies ist nicht hinnehmbar und auch hier ist die CGFP fest entschlossen, sachlich, aber bestimmt für Ordnung zu sorgen.

Neben den Gehälterverhandlungen werden vom 6. bis zum 26. März 2025 die Berufskammerwahlen im öffentlichen Dienst stattfinden. Diese alle fünf Jahre durchgeführten Sozialwahlen sind für die CGFP von größter Wichtigkeit. Sie sind, wie eingangs erwähnt, maßgebend für die nationale Repräsentativität der CGFP.

Wie bereits vorher erwähnt, nimmt die Politikverdrossenheit zu und die Parteien am rechten Rand gewinnen an Zulauf. Dies führt zu einem Vertrauensverlust der Bürger in den Staat.

Und genau dieses Vertrauen in den Staat darf nicht erschüttert werden. Die Gesetze, die von unseren Volksvertretern im Parlament verabschiedet werden, müssen nachvollziehbar sein. Ansonsten werden sie vom Bürger, dem Wähler, nicht richtig verstanden. Darüber hinaus müssen die von den politischen Entscheidungsträgern beschlossenen Gesetze auch umgesetzt werden.

Die derzeit teilweise unrealistischen Vorhaben sind oft nicht mit den auf dem Terrain arbeitenden Staatsbeamten und -angestellten abgestimmt. Die Leidtragenden dabei sind nicht die Politiker, sondern die mit der konkreten Umsetzung beauftragten öffentlich Bediensteten.

Die staatlichen Mitarbeiter befinden sich im direkten Kontakt mit den Bürgern und bekommen deren wachsende Verunsicherung am eigenen Leib zu spüren. Um Vertrauen in die Demokratie zu gewährleisten, muss es einen handlungsfähigen Staat und somit einen leistungsstarken öffentlichen Dienst geben, für den die CGFP eintritt.

Als politisch neutraler und ideologisch unabhängiger Dachverband wird sich die CGFP weiterhin mit aller Entschlossenheit für die Belange aller öffentlich Bediensteten stark machen. Damit dies auch in Zukunft gewährleistet bleibt, gilt es, das Wahlrecht voll und ganz auszuschöpfen, das heißt einzig und allein die CGFP-Listen bei den bevorstehenden Wahlen massiv zu unterstützen. Getreu dem Motto: „Zesumme si mir staark!“

Romain Wolff,
CGFP-Nationalpräsident



CGFP
Assurances



Solde restant dû
Empruntez en toute tranquillité
et protégez vos proches

En cas de décès prématuré ou d'invalidité, l'assurance solde restant dû peut prendre directement en charge le remboursement de votre emprunt immobilier et offre une sécurité financière à vos proches.

Une assurance  **baloise**



CGFP Assurances S.A.
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu



Neujahrsinterview des Premierministers

Im Trüben fischen

Traditionsgemäß zum Jahreswechsel war der Premierminister für ein ausführliches Neujahrsinterview bei RTL zu Gast. Der rund 90-minütige Fernsehauftritt war von vagen Ankündigungen geprägt, die viel Interpretationsspielraum lassen. Ob bei den Pensionen, der Steuerreform oder dem Gesundheitswesen, bei all diesen Themen gab es danach mehr offene Fragen als konkrete Antworten. Eine Analyse.

Als Luc Frieden in der damaligen Juncker-Regierung den Posten des Finanzministers innehatte, wurde ihm mehrfach vorgeworfen, dass seine Ausführungen zu technisch und ausführlich seien. Inzwischen scheint sich *den neien ale Luc* dem politischen Mainstream angepasst zu haben: Möglichst viele gut klingende Floskeln einsetzen und dabei verbindliche Aussagen tunlichst vermeiden. Auf die konkreten Sorgen der Menschen hatte der Regierungschef nur in den seltensten Fällen eine Antwort parat. Immer wieder versicherte er, die Regierung sei dabei, dieses oder jenes Dossier zu studieren.

Im Laufe der Sendung konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich der Premierminister offensichtlich immer noch schwer damit tut, das Land nicht wie der CEO eines Unternehmens regieren zu können. „Wann ee waart, bis dee leschten d'accord ass, bleibt ee stoen. An dat wier schlecht fir d'Land“, so Frieden. Mag sein. Wer jedoch versucht, mit dem Vorschlaghammer Entscheidungen gegen den Willen der Sozialpartner durchzusetzen, stiftet soziale Unruhen und löst Chaos aus. Das wäre dem Land nicht dienlich.

„Mir sinn am gaangen, dat ze kucken“

Mehrmals wies der Premierminister darauf hin, dass eine florierende Wirtschaft notwendig sei, um eine starke Sozialpolitik zu gewährleisten und den energetischen Wandel zu finanzieren. Die Sozialpolitik bleibe eine wichtige Komponente des sozialen Friedens und des Wohlstands in Luxemburg, hieß es weiter. Dieser Satz hätte auch von der CGFP stammen können. Luc Frieden hat jedoch bei seinen Ausführungen eine dritte Komponente vergessen. Damit sich die Wirtschaft frei entfalten kann, ist ein leistungsstarker öffentlicher Dienst unumgänglich. Auf den Staatsdienst ging Frieden jedoch nicht näher ein, obwohl er während der Sendung darauf angesprochen wurde.

Im Zusammenhang mit den Gehälterverhandlungen im öffentlichen Dienst sagte der Premierminister: „Mir sinn am gaangen, dat ze kucken.“ Ende der Durchsage. Auch wenn es unüblich ist, im Vorfeld solcher Gespräche seine wahren Absichten der Öffentlichkeit preiszugeben, wäre ein klares Bekenntnis zu einem starken, zuverlässigen öffentlichen Dienst angebracht gewesen.

Beim Thema Altersvorsorge erinnerte der Regierungschef an die Angleichung des öffentlichen und privaten Sektors, die im Zuge der Pensionsreform von 1999 erfolgt sei. Es verstehe sich von selbst, dass wenn in einem Bereich Änderungen vorgenommen würden, dies indirekt auch Konsequenzen auf das andere „Régime“ habe. Dieses Statement macht deutlich, dass die von der CGFP zuvor geäußerten Befürchtungen berechtigt waren.

Beim Neujahrsinterview bekräftigte Luc Frieden, dass die Regierung die Absicht habe, noch in dieser Legislaturperiode eine Rentenreform durchzuführen. Mit dieser Aussage wurde eine neue Phase eingeläutet. Zuvor hatte die Regierung stets unterstrichen, dass sie alle Vorschläge analysieren werde. Anschließend müsse abgewogen werden, ob tatsächlich eine Reform in Angriff genommen werde.

Inzwischen gesteht die Regierung ein, dass sie an den Stellschrauben drehen möchte, vorausgesetzt, dass es „eine breite Mehrheit“ für ein solches Vorhaben gibt. Was Luc Frieden genau darunter

versteht, wurde nicht näher erläutert. Beschränkt sich die „breite Mehrheit“ lediglich auf die politische Ebene oder sind damit auch die Sozialpartner gemeint?

Einen tragbaren Konsens mit den Sozialpartnern zu finden, dürfte äußerst schwierig werden. Die Positionen sind hinlänglich bekannt. Die Gewerkschaften schlagen neue Finanzierungsquellen vor, um Rentenverschlechterungen zu vermeiden. Das Patronat spricht sich hingegen für Rentenkürzungen aus und will somit Beitragserhöhungen um jeden Preis verhindern. Bei einer solchen Ausgangslage auf einen Durchbruch zu hoffen, kommt einem grenzenlosen Optimismus gleich.

Mit Spannung erwartete Konsultationsdebatte

Bei ihrem Reformvorhaben hat es die Regierung eilig. „Ech wëll dofir déi Diskussiounen schnell ufänken an ofschléissen. (...) Et ass alles um Dësch an duerfir muss elo entscheet ginn“, so Frieden. Untätig zu bleiben, stelle keine Lösung für das Land dar. Luxemburg verzeichne nicht mehr das zur Finanzierung der Pensionen erforderliche Wachstum. Kurioserweise hatte sich der Finanzminister unmittelbar zuvor im Parlament über die steigenden Staatseinnahmen erfreut gezeigt. Als einen der Hauptgründe für diese positive Entwicklung nannte er die Lohnsteuer. Mit ihren teils widersprüchlichen

Aussagen manövriert sich die Regierung in eine Sackgasse.

Demnächst wird eine Konsultationsdebatte stattfinden, bei der alle im Parlament vertretenen Parteien Stellung zur Rentenproblematik beziehen werden. Abzuwarten bleibt, wie sich die DP zu diesem heiklen Thema positionieren wird. Der Koalitionspartner der CSV hat sich bislang diesbezüglich verächtlich ruhig verhalten, so als ob die Liberalen nicht in der Regierung säßen.

Über den weiteren Ablauf der anstehenden Rentendiskussionen war nichts in Erfahrung zu bringen. Von wem werden diese Gespräche geführt? Wo werden sie stattfinden? Wie lange werden sie andauern? All diesen Fragen blieb der Regierungschef eine Antwort schuldig.

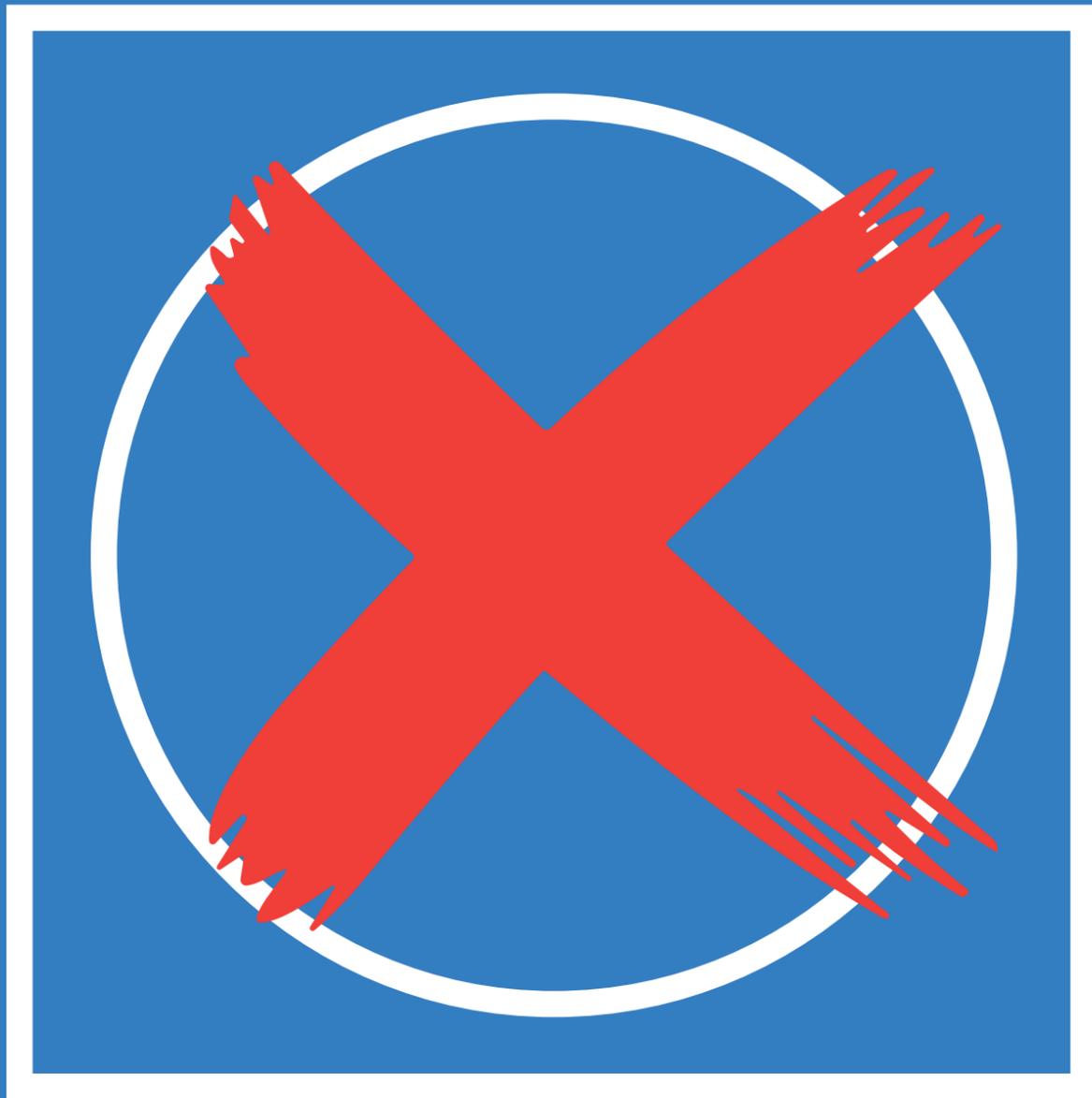
Zum wiederholten Mal unterstrich er, dass es keine vorgefasste Meinung gebe. Sozialministerin Deprez sei dabei, eine Synthese zu erstellen. Bis Ostern werde die Regierung ihre Vorschläge unterbreiten. Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass die Regierung (oder zumindest die CSV) immer noch nicht weiß, wo die Reise hinführen soll.

Die Alterspyramide der luxemburgischen Wählerschaft spielt in der Rentendebatte keine unwesentliche Rolle. Im Neujahrsinterview bestätigte Luc Frieden, dass die derzeitigen Rent-

Fortsetzung siehe Seite 7



SOZIALWALEN 2025



CGFP

Fortsetzung von Seite 5

ner nichts zu befürchten hätten. Auch diejenigen, die seit Langem ihre Beiträge eingezahlt hätten, würden die Reform „relativ wenig“ zu spüren bekommen. Daraus lässt sich schließen, dass allem Anschein nach insbesondere die jüngeren Generationen zu den großen Verlierern zählen werden.

Einen kleinen Vorgeschmack darauf gab es bereits. Bei den Diskussionen werde es auch bei den Studien- und Babyjahren keine Tabus geben, stellte der Premierminister klar. Wie diese Herangehensweise mit dem Fachkräftemangel vereinbar ist, über den sich das Patronat seit jeher beklagt, bleibt schleierhaft. Einen Tag nach der Ausstrahlung des Interviews meldete sich die Studentenvereinigung zu Wort. In einer Pressemitteilung fasste die ACEL ihre Kernforderungen zusammen. Eine davon war die Beibehaltung und Flexibilisierung der Anrechnungszeit der Studienjahre.

Zentrale Themen werden zur Randnotiz

Auch bei der angekündigten großen Steuerreform ließ sich Frieden nicht in die Karten blicken. 2026 werde die Regierung Pisten bezüglich der Steuerklassen aufzeichnen. „Dorunner schaffe mir intensiv“, versicherte der Regierungschef. Hier stellt sich die Frage, warum die Regierung so viel Zeit braucht, um die längst überfällige finanzielle Entlastung für die Privathaushalte umzusetzen. Will sie die Reform aus wahltaktischen Gründen hinauszögern?

Obwohl die Wohnungsbauproblematik den Luxemburgern zurzeit am meisten zu schaffen macht, ging der Premierminister nur flüchtig darauf ein. Mit steuerlichen Maßnahmen und schnelleren Prozeduren habe die Regierung die Weichen gesetzt, damit mehr gebaut werde. Die Auswirkungen davon würden erst in zwei bis drei Jahren spürbar sein, hieß es.

Es darf jedoch stark bezweifelt werden, ob dem wirklich so ist. Mehr und schnelles Bauen führt nicht unbedingt zu erschwinglicherem Wohnraum. Die CGFP hat in den vergangenen Monaten des Öfteren darauf hingewiesen, dass die punktuellen und vorübergehenden Maßnahmen vor allem den Investoren und weniger den Wohnungssuchenden zugutekommen.

Im Gesundheitswesen, wo sich die strukturellen Probleme häufen, gibt es ebenfalls wenig Konkretes zu vermelden. Ja, die Herausforderungen seien groß, zum einen, weil die Zahl der Patienten erheblich gestiegen sei, zum anderen, weil es an Personal fehle, so Frieden. Wie die Regierung dagegen vorgehen will, war nicht in Erfahrung zu bringen. Den



Zuschauern wurde auch verschwiegen, was die Koalition zu tun gedenkt, um das wachsende Defizit bei der CNS in den Griff zu bekommen.

Die Pandemie liegt erfreulicherweise hinter uns. Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit wurden allerdings bislang keine gezogen. Das Pandemiegesetz lässt weiterhin auf sich warten. „Dat ass am gaangen“, so Frieden.

Eine fragwürdige Wirtschaftspolitik

Seitdem die CSV-DP-Koalition die Geschicke des Landes leitet, hat das bewährte „Luxemburger Modell“ böse Kratzer abbekommen. (siehe dazu auch Seite 9) Nachdem die Regierung die Sonntagsarbeit im Handumdrehen von vier auf acht Stunden heraufgesetzt hatte, forderte die Arbeitgeberseite sofort eine zusätzliche Flexibilisierung. Unter dem Impuls des ehemaligen Handelskam-

merpräsidenten will die schwarz-blaue Koalition zudem die Öffnungszeiten im Handel liberalisieren.

Die Argumente, die dabei ins Feld geführt werden, sind deckungsgleich mit denen des Patronats. Zu einem sozialen Luxemburg gehöre es, sich die gesellschaftliche Entwicklung anzuschauen, meinte Frieden. Ziel sei es, den Einzelhandel an die modernen Wünsche der Kunden und Angestellten anzupassen. Viele Mitarbeiter, die im nahen Ausland leben, würden es angesichts der langen Anfahrt bevorzugen, sonntags acht statt nur vier Stunden zu arbeiten.

Eine LISER-Studie hat jedoch das Gegenteil belegt. 57 % der Befragten sagten, dass sie lieber morgens und nicht acht Stunden arbeiten möchten. 79 % gaben an, dass sie es bevorzugen würden, sonntags nie zu arbeiten. Fakt ist, dass längst nicht alle Arbeitnehmer die Möglichkeit

haben, ihre Kinder an Sonntagen in einer Kindertagesstätte oder in einer Maison Relais betreuen zu lassen. Von diesem Standpunkt aus gesehen, wäre es sinnvoll gewesen, den Mitarbeitern zumindest die freie Wahl zu lassen, ob sie sonntags arbeiten möchten oder nicht.

Eines steht jetzt schon fest: Ähnlich wie bei den Pensionen werden auch bei diesem Thema der private und öffentliche Sektor gegeneinander ausgespielt. Mit einem Schuss Provokation und Ironie gelangte der Verfasser eines „Tageblatt“-Leitartikels zu diesem Schluss: „Falls es dem Premierminister allerdings wirklich darum geht, den Bürgern und Bürgerinnen Luxemburgs das Leben so einfach wie möglich zu gestalten, dann sollte er sich ebenfalls für eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten im öffentlichen Dienst einsetzen.“

Die aktuelle Wirtschaftspolitik scheint selbst innerhalb der CSV nicht jedem zu gefallen. So macht z.B. der CSV-Fraktionschef keinen Hehl daraus, dass ihn „verschiedene Entwicklungen“ nicht erfreuen.

Zahlreiche Baustellen

Beim „Neijoerschinterview“ kündigte der Premierminister an, dass die Regierung in den kommenden Monaten eine Strategie zur Künstlichen Intelligenz offenlegen werde. Ähnlich wie bereits zuvor die Budgetberichterstatteerin Corinne Cahen zeigte sich auch der Regierungschef begeistert über die neuen Möglichkeiten, die sich durch den Einsatz von KI auftun würden, u.a. im Bereich des Gesundheitswesens und der Automobilbranche.

Auf die Risiken und Gefahren, die KI bergen könnte, ging Luc Frieden jedoch nicht ein. Einmal mehr steht die Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund. Die sozialen Folgen, die mit KI einhergehen, scheinen für die politischen Entscheidungsträger nebensächlich zu sein. Es besteht kein Zweifel daran, dass KI in den kommenden Jahren die Arbeitswelt maßgeblich prägen wird. Aus diesem Grund wäre ein europäischer Masterplan mit konkreten Leitplanken für eine ausgewogene Nutzung der Künstlichen Intelligenz sinnvoller als nationale Strategien, bei denen jedes Land sein eigenes Süppchen kocht.

Fazit: Mit der Renten- und Pensionsdebatte, der großen Steuerreform und der angekündigten KI-Strategie hat die Regierung viele Baustellen gleichzeitig begonnen. Ob sie die gewaltigen Herausforderungen meistern kann, wird sich erst zeigen. Die CGFP wird jedenfalls eine Zerschlagung des erfolgreichen „Lëtzebuerger Modell“ nicht hinnehmen.

Max Lemmer

WERDEN SIE NOCH
HEUTE MITGLIED!

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE

Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP



Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: Mediahuis Luxembourg S.A.

La reproduction d'articles, même par extraits,
n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement
l'avis de la CGFP.

Romain Wolff réélu à la tête de la CESI

« Indépendance, unité, progrès : renforcer la main-d'œuvre d'aujourd'hui pour demain », tel était le thème du congrès de la Confédération européenne des syndicats indépendants (CESI) qui s'est tenu le 12 et 13 décembre dernier à Bruxelles et dont la CGFP est l'un des membres fondateurs. Dans le cadre de cette réunion, à laquelle ont participé des dirigeants syndicaux de toute l'UE, le Président fédéral de la CGFP, Romain Wolff, a été reconduit à la tête de la CESI. Parallèlement, une modification des statuts a été effectuée. Le nouveau mandat de la présidence a été portée de quatre à cinq ans. Le but de cette modification consiste à assurer une plus grande continuité.

Depuis maintenant douze ans Romain Wolff préside la CESI, après avoir occupé auparavant le poste de Vice-président pendant huit ans. Le Secrétaire général

Klaus Heeger et le Trésorier Urs Stauffer ont également été réélus. Ce trio bien rodé représente les intérêts européens de plus de six millions de personnes auprès des institutions de Bruxelles.

Aujourd'hui, la CESI réunit 41 organisations membres de presque tous les pays d'Europe. Depuis sa création en 1990, la Confédération européenne des syndicats indépendants n'a cessé de se développer. De plus, cette organisation influente est depuis 2005 un partenaire social européen reconnu par la Commission européenne. Elle participe ainsi activement au processus de dialogue social européen. Sa position vis-à-vis des institutions européennes s'est ainsi encore renforcée.

Le message ressorti du congrès était que les efforts des années précédentes seraient poursuivis dans l'intérêt des travailleurs du service public

et de la société dans son ensemble. Dans son allocution, Romain Wolff a souligné que le monde vivait une période de turbulences, où les séquelles de la pandémie, l'inflation, la baisse du pouvoir d'achat, les guerres incessantes ainsi que le résultat des élections présidentielles américaines et la menace de suppressions d'emplois se font sentir dans de nombreux secteurs économiques. Un syndicat européen fort comme la CESI s'avère d'autant plus nécessaire.

Fidèle à sa devise « All workers count », la CESI est toujours soucieuse de s'engager dans l'intérêt de tous ceux qui fournissent un travail précieux pour le bien commun. Elle accorde une grande importance à des valeurs telles que la liberté syndicale, l'indépendance et la justice sociale.

La libre concurrence, le marché intérieur et la monnaie commune

européenne ne reflètent toutefois que partiellement le visage de l'Europe, a souligné le Président de la CESI. Ces aspects seuls ne suffiraient plus aux millions de travailleurs européens que la CESI représente. Selon Wolff, l'Europe doit enfin se rapprocher des citoyens. Des efforts supplémentaires sont nécessaires pour mettre pleinement en valeur la composante sociale. Or, cela ne semble pas être une priorité pour la nouvelle Commission européenne qui met l'accent plutôt sur la compétitivité.

Un agenda social chargé

Dans les années à venir, les syndicats auront fort à faire pour défendre les droits et les acquis qu'ils ont acquis au cours des décennies, a déclaré Wolff. Cela vaut également pour le Luxembourg, où le gouvernement s'en prend au système de retraite et de pensions existant. En outre, la CESI s'engagera pleinement pour que la politique sociale ne soit pas négligée dans la transition verte et numérique. Ce tournant doit être inclusif, juste et équitable.

En tant que représentants de la CGFP le Secrétaire général Steve Heiliger, le premier Vice-président Claude Heiser ainsi que les deux assesseurs Christian Schleck et Karin Jaffke ont participé au congrès. Comme organisation faitière de tous les employés du secteur public luxembourgeois, la CGFP est étroitement liée à la CESI, avec laquelle elle participe à l'élaboration législative du cadre social au niveau européen. Depuis toujours, la CGFP et la CESI se caractérisent par de nombreux points communs. Étant politiquement indépendantes les deux organisations se distinguent par un dialogue social authentique et fonctionnel. **ml**



Un duo expérimenté : Romain Wolff, Président de la CESI, et le Secrétaire général Klaus Heeger représentent les intérêts européens de plus de six millions de travailleurs auprès des institutions de Bruxelles.



Le congrès a été rehaussé par un discours de Roxana Minzatu, Vice-présidente exécutive de la Commission européenne, chargée des droits sociaux et compétences, emplois de qualité et état de préparation.



PVC



ALU



BOIS



PORTES ET FENÊTRES
PVC | BOIS | ALU
VERANDAS
PERGOLAS

VENEZ DÉCOUVRIR NOTRE SHOWROOM ET PROFITEZ DES CONSEILS DE NOS SPÉCIALISTES !



SHOWROOM

181, rue de Luxembourg - L-4222 ESCH/ALZETTE
Tel.: (+352) 55 21 56-1 | info@metalica.lu | www.metalica.lu



Nous vous accueillons

Lundi au vendredi, de 9:00-18:00 h
Samedi, 09:00-13:00 h

Ou sur rendez-vous : www.metalica.lu



Quo vadis Sozialdialog

Anlässlich des CSV-Neujahrsempfangs ging CSV-Fraktionschef Marc Spautz auf die Bedeutung des Sozialdialogs ein: „Nur im Dialog zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren – Politik, Patronat, Gewerkschaften und Bürger – können wir die großen Herausforderungen, die auf uns zukommen, meistern.“ Nur wenige Tage später stellte sich der Premierminister mit der Ankündigung einer sozialen Runde als Retter des Sozialdialogs dar. Nachdem in den vergangenen Monaten viel Porzellan zerbrochen wurde, will die Regierung diesen wieder in geordnete Bahnen lenken.

Ganz bewusst vermied es Frieden, das Treffen als „Tripartite“ zu bezeichnen, da es sich bei Letzterem um ein Kriseninstrument handele. Ziel sei es, den Sozialdialog zu „verbessern“. Allein diese Wortwahl ist ein Geständnis, dass hierzulande so manches im Argen liegt. Tatsache ist, dass der gewerkschaftliche Druck in den vergangenen Monaten deutlich höher geworden ist.

CGFP: Zuhören reicht nicht aus

Der Jahreswechsel ist die Zeit für Neujahrsvorsätze – ein Moment des Nachdenkens. Und wer weiß, vielleicht hat sich der Premierminister die unüberhörbare Kritik seines einstigen Mentors zu Herzen genommen: Im Dezember wurde Ehrenstaatsminister Jean-Claude Juncker in der RTL-Sendung „Background“ darum gebeten, die Regierungsarbeit zu bewerten. „Es wäre gut, wenn man die Gewerkschaften in ihrer Rolle respektiert“, lautete eine seiner Schlussfolgerungen. An Luc Frieden ging der Appell, Abstand zu gesellschaftlichen Kräften zu halten, die „ein wenig das Gegenteil von dem machen wollen, was die CSV in vielen Jahren in Bereichen wie der Sozialpolitik erreicht hat.“

Die schwarz-blaue Regierung, die jetzt am Zug ist, scheint es bei der Wiederbelebung des Sozialdialogs jedenfalls nicht besonders eilig zu haben. In den nächsten Wochen oder Monaten (!) sollen die zuständigen Minister die Verhandlungen mit den Sozialpartnern

aufnehmen. Immerhin kommt Bewegung ins Spiel.

Die CGFP begrüßt die von Premierminister Luc Frieden angekündigte sogenannte „Sozialronn“. Diese Plattform bietet eine wichtige Gelegenheit, um einen konstruktiven Dialog zwischen der Regierung und den Gewerkschaften im Interesse aller Bürger wiederherzustellen.

Damit das Unterfangen gelinge, sei jedoch eine gründliche Vorbereitung erforderlich, betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff am vergangenen 15. Januar in einem RTL-Interview. Es reiche nicht aus, den Gewerkschaften zuzuhören. Die Regierung müsse deren Ideen und Vorschläge auch berücksichtigen und in die Entscheidungen einfließen lassen.

In einem Kontext, in dem die aktuelle CSV-DP-Koalition als arbeitgeberfreundlich wahrgenommen wird, und von sich selbst behauptet, „a business-friendly government“ zu sein, ist es wichtiger denn je, eine gerechte Vertretung der Arbeitnehmer zu gewährleisten und ihre Rechte zu verteidigen. Es versteht sich von selbst, dass die CGFP als natio-

nal repräsentative Gewerkschaft in diese Diskussionen eingebunden wird, insbesondere dann, wenn es um so grundlegende Themen wie das Renten- und Pensionssystem geht.

Der „Sozialdösch“ darf keine reine Formalität werden. Er muss zu konkreten Ergebnissen führen. In den kommenden Wochen und Monaten wird sich entscheiden, ob gemeinsam vernünftige Lösungen gefunden werden können oder ob das Land auf einen Sozialkonflikt hinsteuert. Beim „Logements- und Energiedösch“ hatte die CSV-DP-Koalition die Gewerkschaften sträflich ignoriert. Nun bietet sich die Chance, große Herausforderungen wie die Rentendebatte und die Steuerreform anzugehen.

Falls die Regierung jedoch nur darauf bedacht ist, den Sozialdialog öffentlichkeitswirksam vorzugaukeln, befindet sie sich auf dem Holzweg. Sich mit den Gewerkschaften an einen Tisch zu setzen, um anschließend dennoch eigenmächtige Entscheidungen zu treffen, entspricht nicht dem Geist des „Lëtzebuurger Modell“, das auf Austausch und Konsens beruht.

Die Arbeitgeberseite, die zuvor monatelang mit der konservativ-liberalen Koalition im Gleichschritt harmonierte, zeigte sich nach der Ankündigung der sozialen Runde irritiert. Dies ist erstaunlich, da der Vorsitzende des Unternehmerverbands UEL noch am gleichen Tag eine Unterredung mit Luc Frieden hatte, ein Treffen, das von den Medien kaum beachtet wurde. In seiner ersten Reaktion zeigte sich der UEL-Präsident überrascht über das neue Diskussionsformat. Michel Reckinger warf u.a. die Frage auf, welche Rolle die Sozialrunde einnehmen werde.

Diese Frage ist berechtigt angesichts der Tatsache, dass der Ständige Ausschuss für Arbeit und Beschäftigung (CPTÉ) und die Tripartite zwei erprobte Instrumente zur Erörterung sozialpolitischer Themen sind. Nach Ansicht der CGFP darf es auf keinen Fall darauf hinauslaufen, dass die angekündigte Sozialrunde zu einer Alibi-Veranstaltung verkümmert, die lediglich dazu dienen soll, künftige Tripartite-Sitzungen zu vermeiden.

Verbale Kehrtwende beim Patronat

Immerhin scheint dem Patronat allmählich klar geworden zu sein, dass ein Paradigmenwechsel notwendig ist, um soziale Unruhen abzuwehren. Der Sozialdialog sei nicht nur den Gewerkschaften, sondern auch dem Patronat wichtig, bemerkte der UEL-Präsident. Jeder sei zur Erkenntnis gelangt, dass die Stimmung nicht gut sei. Wie ernst diese verbale Kehrtwende gemeint ist, wird die Zukunft zeigen. Bislang habe sich das Patronat größtenteils zurückgehalten, kommentierte neulich ein „Tageblatt“-Kolumnist. Die eigentliche Drecksarbeit sei von der Regierung erledigt worden,

Für die CGFP ist klar, dass ein „Weiter-so-wie-bisher“ keine Option darstellt. Sich in zentralen Themen über die Meinung der Arbeitnehmervertreter hinwegzusetzen und so zu tun, als ob die Gewerkschaften eine vom Aussterben bedrohte Spezies seien, ist kein guter Plan. Ebenso kontraproduktiv ist es, die Gewerkschaften zu provozieren und öffentlich zu demütigen. Eine Fortsetzung dieser Herangehensweise könnte sich bitter rächen. **ml**



EMMER
UM NEISTE STAND
CGFP-ONLINE





Die jüngste „Conférence des Comités“ zeigte auf eindrucksvolle Art, dass eine starke Gewerkschaft wie die CGFP gerade in diesen Zeiten mehr denn je gebraucht wird.

58. CGFP-Vorständekonferenz

CGFP duldet keine Zerschlagung des Pensionsregimes

Die jüngste äußerst gut besuchte „Conférence des Comités“ war der Beweis dafür, dass die CGFP bestens gerüstet ist, um gemeinsam die künftigen Herausforderungen anzugehen. Rund 400 Delegierte hatten sich im Festsaal des „Parc Hotel“ in Dommeldingen eingefunden. Im Vorfeld der Gehälterverhandlungen bezog die CGFP-Führung Stellung zu den Rentendiskussionen. Weitere Schwerpunkte waren der mangelnde Sozialdialog, die Wohnungsproblematik und die angedachte Steuerreform.

An Politprominenz mangelte es wahrlich nicht: Neben Parlamentspräsident Claude Wiseler und dem Minister des öffentlichen Dienstes, Serge Wilmes, waren zahlreiche Abgeordnete jeglicher politischer Couleur erschienen (siehe Kasten). Besonders erfreut zeigte sich die CGFP-Führung, auch ihren Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden bei dem alljährlichen Treffen begrüßen zu dürfen.

„Heute ist ein besonderer Tag, wir feiern 115 Jahre Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst“, betonte CGFP-

Nationalpräsident Romain Wolff zu Beginn seiner Ansprache. Vor seinem Exkurs in die historische Vergangenheit verteilte er zunächst einige Seitenhiebe gegen die Politik. Die CGFP sei geduldig, sie lasse sich jedoch nicht alles gefallen. Es sei nicht hinnehmbar, dass grundlegende Gewerkschaftsrechte infrage gestellt würden. Die Politik stelle den Sozialdialog immer ins Fenster, ohne ihn jedoch entsprechend anzuwenden. Getroffene Vereinbarungen würden nicht eingehalten. Reformen, die im

Vorfeld der vergangenen Wahlen nicht thematisiert worden seien, würden stattdessen nach dem Urnengang im Handumdrehen zum Topthema erklärt. „Daat geet iwverhaapt net“, ärgerte sich Wolff.

Besorgniserregende Entwicklung

Anschließend schlug der CGFP-Nationalpräsident gemäßigte Töne an. Die 115-Jahr-Feier finde in turbulenten Zeiten statt. Der Preisanstieg und der damit einhergehende Kaufkraftverlust, die nicht endenden Kriege u.a. in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die Auswirkungen der US-Präsidentschaftswahl seien Probleme, mit denen wir täglich konfrontiert würden.

Nachdem die Europawahl von einem politischen Rechtsruck geprägt worden sei, habe die neue EU-Kommission die „Wettbewerbsfähigkeit“ zum Top-

thema erklärt. Es stimme einen jedoch nachdenklich, dass inzwischen kein Kommissar mehr ausschließlich für „Beschäftigung“ und „soziale Rechte“ zuständig sei. Diese Entwicklung lasse tief blicken. Bereits jetzt zeichne sich ab, dass die Gewerkschaften sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene in den kommenden Jahren gefordert seien, um die jahrzehntelang hart erkämpften Rechte und Errungenschaften zu verteidigen.

Der Blick in die Vergangenheit reiche mit Sicherheit nicht aus, um die künftigen Herausforderungen anzugehen. Sich jedoch mit der Geschichte vertraut zu machen, sei dennoch von größter Bedeutung. Nur so könne man die Zukunft richtig angehen.

Danach versetzte Wolff die Anwesenden in das Jahr 1909. Die damaligen Gespräche hätten zu einem Durchbruch geführt: Am 12. Dezember sei die AGF, der „Allgemeine Verein der Staatsbeamten des Großherzogtums Luxemburg“ aus der Taufe gehoben worden.

Eine der bedeutendsten Errungenschaften sei der Indexmechanismus gewesen, der 1921 zunächst im öffentlichen Dienst eingeführt worden sei. Als Garant des sozialen Friedens und der Kaufkraft aller Bürger sei dieses bewährte Instrument nach und nach auch auf andere Sektoren ausgedehnt worden. Dies habe zur Folge gehabt, dass die Löhne, Pensionen und Renten überall automatisch an die Inflation angepasst worden seien.

Nie wieder Uneinigkeit

Zugleich seien mehrere internationale Kontakte erfolgt. So sei z.B. im Jahr 1955 die „Fédération Internationale des Cadres Fonctionnaires“ gegründet worden, aus der später die „Confédération Internationale des Fonctionnaires“ (CIF) hervorgegangen sei. Im Zuge der Vergütungsreform im Staatsdienst, die sich von 1959 bis 1963 erstreckt habe, sei die AGF auf nationaler Ebene geschwächt worden. Ihre Repräsentativität sei infrage gestellt worden. Erst im Jahr 1964 sei schließlich die Berufskammer der öffentlich Bediensteten mit 40-jähriger



CGFP-Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden und der Minister des öffentlichen Dienstes, Serge Wilmes, umgeben von den Mitgliedern der CGFP-Exekutive.

Verspätung (!) gegenüber dem Privatsektor ins Leben gerufen worden. Dieser längst überfällige Schritt sei begrüßenswert gewesen. Der AGF seien allerdings weniger Aufgaben zugeteilt worden. Ihre Aktivitäten seien dadurch eingeschränkt worden.

Im Interesse aller öffentlich Bediensteten dürfe sich diese Uneinigkeit der Gewerkschaftsbewegung nie mehr wiederholen, mahnte Romain Wolff. Die widersprüchlichen Forderungen hätten damals zu einer Zersplitterung der Gewerkschaftsszene geführt. Der erste Minister des öffentlichen Dienstes, Pierre Grégoire, sei alles andere als erfreut über diese Entwicklung gewesen. Im Juni 1966 habe der zuständige Ressortminister den Vertretern aller im öffentlichen Dienst tätigen Berufsverbände klargemacht, dass er künftig nur noch einem einzigen Ansprechpartner entgegentreten möchte.

Das „Syndicat Professionnel de la Force Publique – das heutige SPFP – habe als erster darauf reagiert und allen Berufsorganisationen aus dem Staatsdienst einen Entwurf zur Gründung eines Dachverbandes, der „Confédération Générale de la Fonction Publique“ (CGFP), vorgelegt.

Drei weitere große Verbände stimmten dem Vorhaben spontan zu: Die „Association des Instituteurs Réunis“ (aus der später das SNE entstand), die „Entente des Cadres“ (die heutige AGC) und die „Association Professionnelle de la Fonction Publique“ (APFP). Das Gründungsprotokoll wurde am 2. März 1967 unterzeichnet.

Die CGFP habe in den vergangenen Jahrzehnten vieles bewirkt, stellte Romain Wolff fest. Diese beachtliche Bilanz sei jedoch nur möglich gewesen, weil sich viele engagierte Gewerkschafter, darunter der Gründungsvater der CGFP, Joseph Daleiden, mit viel Herzblut dafür eingesetzt hätten, den Zusammenhalt der inzwischen mehr als 60 sektoriellen Fachverbände ganz im Sinne des Allgemeininteresses aufzubauen und zu festigen.

„Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen“

Obwohl die Mitgliedsorganisationen eine vollständige Autonomie bei der Verteidigung ihrer spezifischen Anliegen genießen würden, hätten sie jedoch der CGFP die Verteidigung der allgemeinen Interessen übertragen. Es sei von größter Wichtigkeit, dass die CGFP nach wie vor ideologisch neutral und parteipolitisch unabhängig sei. Der Berufsverband der öffentlich Bediensteten lege heute wie damals großen Wert darauf.

In all den Jahren habe die CGFP mehrmals zu Protestkundgebungen aufgerufen und sogar zwei Mal von ihrem Streikrecht Gebrauch gemacht. Prinzipiell sei sie stets darum bemüht, die Probleme am Verhandlungstisch zu lösen. Leider sei dies jedoch nicht immer möglich.

„Wir argumentieren immer sachlich, wir lassen uns allerdings ganz sicher nicht für dumm verkaufen“, fuhr Wolff fort. Die CGFP stehe konsequent für den Erhalt des öffentlich-rechtlichen Statuts im Staatsdienst. Dafür gebe es auch stichhaltige Gründe. Den Gründern der heutigen CGFP sei sofort klar gewesen, dass man die Reihen schließen müsse, um stark zu sein. Von Beginn an seien sich alle bewusst gewesen, dass eine Zersplitterung der Gewerkschaftsszene jeden schwächen würde. Diese Solidarität drücke sich auch darin aus, dass laut CGFP-Satzung keine der CGFP-Mitgliedsorganisationen gegen die Interessen eines anderen Fachverbandes handeln dürfe. Diese Herangehensweise bleibe auch heute noch das Erfolgsrezept.

Als eine der drei national repräsentativen Gewerkschaften in Luxemburg sei die CGFP die alleinige allumfassende Berufsorganisation im öffentlichen Dienst und somit logischerweise auch der einzige Verhandlungspartner der Regierung, wenn es um die allgemeinen Interessen der Staatsbediensteten gehe. Die CGFP sei in zahlreichen Gremien vertreten. Neben der Tripartite würden dazu auch der Wirtschafts- und Sozialrat sowie das „Comité permanent du Travail et de l'Emploi (CPTÉ)“ gehören, das erst kürzlich im Rampenlicht der Aktualität gestanden habe.

Auf internationaler Ebene sei die CGFP eines der Gründungsmitglieder der „European Confederation of Independent Trade Unions (CESI)“, die mittlerweile mehr als sechs Millionen Mitglieder zähle. Die Sicherstellung des sozialen Fortschritts sei immer eines der CGFP-Hauptanliegen gewesen. Jedes Mal, wo nationale Solidarität erforderlich gewesen sei, habe die CGFP Flagge gezeigt. Zudem trete sie für ein vereintes Europa ein, für das es wahrlich keine Alternative gebe.

Romain Wolff nutzte die festliche Stimmung, um all denjenigen großen Respekt entgegenzubringen, die ihre Arbeit im Dienst der Allgemeinheit stets gewissenhaft verrichten. Viele von ihnen würden auch noch auf gewerkschaftlicher Ebene für die Anliegen anderer eintreten, obwohl sie sich damit längst nicht überall Freunde machen würden.

Engagierte Gewerkschafter würden mehr denn je gebraucht, insbesondere in Zeiten, in denen niemand vor Sozialabbau, weiteren Privatisierungen oder der Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen gefeit sei. Immer wieder werde das Beamtentum als solches bzw. auf gewerkschaftlicher Ebene von bestimmten Kreisen infrage gestellt. Gleiches gelte auch für jahrelang hart erkämpfte Errungenschaften.

Ein gut funktionierender Staat, dessen Dienstleistungen für alle Bürger zugänglich sind, sei unabdingbar. Ein effizienter öffentlicher Dienst sei der Garant für unsere Demokratie. Aus diesem Grund sei es wenig verwunderlich, dass in den vergangenen Jahren verhältnismäßig mehr Mitarbeiter beim Staat eingestellt worden seien. Diese Rekrutierungswelle sei absolut notwendig gewesen, nachdem es die aufeinanderfolgenden Regierungen jahrzehntlang versäumt hätten, die Mitarbeiterzahl beim Staat



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff: „Bei der Rentendebatte werden der Privatsektor und der öffentliche Dienst aufeinandergehetzt. Das ist total unverantwortlich!“

an das Bevölkerungswachstum und an die zahlreichen neu geschaffenen Dienstleistungen kontinuierlich anzupassen.

Nach seinem historischen Rückblick bezog der CGFP-Vorsitzende Stellung zur aktuellen Rentendebatte. Im Vorfeld der Parlamentswahlen habe die CGFP im Juli 2023 die Parteien anlässlich der Wahlprüfsteine u.a. zum Thema „Pensionen“ befragt. Die DP, eine der beiden heutigen Regierungsparteien, habe damals klipp und klar geantwortet, dass es zu keinen Verschlechterungen kommen dürfe. Die andere Mehrheitspartei, die CSV, habe um die Frage herumlabiert.

Betrug am Wähler

„Wie unehrlich ist es, wenn man den Wählern im Wahlkampf aus elektoralen Gründen dieses Thema verschweigt, so wie es die beiden heutigen Regierungsparteien getan haben und direkt nach den Wahlen die „Renten“ zum Topthema erklärt, wohlwissend, dass es weit akutere Probleme zu lösen gilt?“, fragte Wolff die Zuhörer. Ein Politiker, der sich nach den Wahlen mit Anstand im Spiegel betrachten möchte, hätte im Wahlkampf den ehemaligen US-Präsidenten John F. Kennedy zitieren können: „The time to repair the roof is when the sun is shining.“ Mit Sicherheit hätte eine solche Vorgehensweise Wählerstimmen gekos-

tet, doch zumindest wäre diese Haltung ehrlich gewesen.

Ehrgeizige Politiker würden es hingegen vorziehen, im Vorfeld der Wahlen zu schweigen, um später beim Eintritt in die Regierung das durchzuziehen, was man von Anfang an beabsichtigt habe. Der Wählerwille spiele dabei keine Rolle. Genauso gehe die aktuelle Regierung bei den Renten und Pensionen vor. „Das ist Betrug am Wähler. Diese Regierung verfügt über keinen Wählerauftrag, um unter den gegebenen Umständen irgendetwas in diesem Dossier zu unternehmen“, schlussfolgerte Romain Wolff. Folglich brauche sich niemand darüber zu wundern, dass die Politikverdrossenheit bei den Menschen zunehme.

Wenn man offensichtlich nicht im Stande sei, die wirklich wichtigen Themen, insbesondere das Wohnungsproblem anzugehen, entstehe bei Reserven von mehr als 27 Milliarden Euro – jüngsten Informationen zufolge sollen es sogar 30 Milliarden Euro im Jahr 2025 sein – die völlig abstruse Idee, ohne Not eine Rentendebatte auszulösen. So ganz nebenbei würden auch noch der Privatsektor und der öffentliche Dienst aufeinander gehetzt. Diese Herangehensweise sei „total unverantwortlich“, empörte sich der CGFP-Präsident.

Fortsetzung siehe Seite 12





CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger: „Wir fordern eine integrale Anpassung der Steuertabelle an die Inflation und gleichzeitig eine gesetzliche Grundlage für den Automatismus.“

Fortsetzung von Seite 11

Immer wieder würden Spitzenvertreter des Patronats in aller Deutlichkeit betonen, es sei ein No-Go, keine Reform in Angriff zu nehmen. In diesem Zusammenhang stelle sich jedoch die berechtigte Frage, was die Arbeitgeberseite zu dieser Aussage verleite. Welchen Nutzen zieht sie daraus? Eine schlüssige Antwort habe die CGFP bislang noch nicht gefunden. Ein möglicher Grund dafür könnten die Gewinne sein, die sich die Unternehmen durch die Förderung der zweiten und dritten Rentensäule erhoffen. Fakt sei, dass sich die Altersarmut binnen zehn Jahren von 4 % auf 10 % mehr als verdoppelt habe.

Die Altersheime – auch die staatlich geführten Einrichtungen – würden immer teurer werden, sodass viele Menschen sich dort keine Unterkunft mehr leisten könnten. Wie solle man unter solchen Umständen noch ein dezentes Leben führen können, warf der CGFP-Präsident in die Runde. Vor solch einem Hintergrund sei es unangebracht, Renten- und Pensionsverschlechterungen in Erwägung zu ziehen.

In den 90er-Jahren hätten die öffentlich Bediensteten massive Verschlechterungen bei den Pensionen erfahren. Zehntausende Menschen hätten damals ihren Unmut auf der Straße kundgetan. Vielleicht sei dies bei einigen politisch Verantwortlichen in Vergessenheit geraten. Die CGFP könne sich allerdings noch sehr wohl daran erinnern, hakte Wolff nach.

Auch bei der im Jahr 2012 vollzogenen Reform hätten viele Menschen sowohl in

der Privatwirtschaft als auch im öffentlichen Dienst zusätzliche Verschlechterungen in Kauf nehmen müssen. Im Schluß mit den anderen Gewerkschaften habe sich die CGFP entschieden dagegen zur Wehr gesetzt.

Nach wie vor stehe die CGFP voll und ganz hinter dem Gutachten des „Conseil économique et social“, das die Gewerkschaften gemeinsam verfasst haben. „Mit der Zustimmung der CGFP wird eine Reform bei Reserven von 30 Milliarden Euro nicht umsetzbar sein“, stellte Wolff klar. Außerdem sei es schwer vorstellbar, dass die CSV-DP-Koalition zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht wisse, was sie in diesem Dossier zu tun gedenke.

Kein Reformbedarf bei den Pensionen

In den vergangenen Tagen hätte man zunehmend zu der Überzeugung gelangen können, dass die Regierung die Rentendiskussion dazu nutzen möchte, um das bestehende Pensionsregime im öffentlichen Dienst, beim Staat, den Gemeinden und den CFL zu zerschlagen – genau wie es bereits in den 90er-Jahren der Fall gewesen sei. „Sollte dies tatsächlich die Absicht sein, wird sich die CGFP mit allen gewerkschaftlichen Mitteln dem widersetzen“, lautete die deutliche Warnung an die politischen Entscheidungsträger. Falls Kürzungen bei den Pensionen ins Auge gefasst würden, könne der Minister des öffentlichen Dienstes als direkter Ansprechpartner der CGFP sofort dazu Stellung beziehen.

Der soziale Frieden sei ein Trumpf, den es jedoch nicht zum Nulltarif gebe. Für eine Regierung, die nach außen hin die

Stärkung der Kaufkraft befürworte – getreu dem Motto „mehr Konsum erzielt höhere Einnahmen“ – könne es keine ernsthafte Lösung sein, gerade jetzt die Renten und Pensionen anzutasten. Sollte eine Langzeitverschlechterung eintreten, würde sie viele Menschen treffen, die jetzt schon angesichts der steigenden Energiepreise und der exorbitanten Wohnungspreise Schwierigkeiten haben, finanziell über die Runden zu kommen.

„Haltet euch bereit!“

Gerade jetzt seien starke Gewerkschaften mehr denn je notwendig, unterstrich Romain Wolff. Die CGFP trete für einen echten Sozialdialog ein. Der Erhalt des sozialen Friedens habe oberste Priorität. In Anlehnung an die Ereignisse der 90er-Jahre treffe die CGFP die nötigen Vorkehrungen für den Fall, wo die Regierung mutwillig und ohne Not Verschlechterungen beim aktuellen Renten- und Pensionssystem plane. An die Delegierten ging der Appell, sich bereitzuhalten. So wie es aussehe, werde die CGFP ihre Unterstützung brauchen.

Anschließend ergriff CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger das Wort. Angesichts der 115-Jahr-Feier finde die diesjährige Vorstandskonferenz in einem ungewöhnlichen, feierlich gestalteten Rahmen statt. Dies werde allein schon durch die größere Bühne und das musikalische Ensemble sichtbar. Ein besonderer Dank ging an die Big Band der Militärmusik, die sich dazu bereit erklärt hatte, den Abend musikalisch zu untermalen.

Jedes Mal, wenn die Vorstandskonferenz von einem Jubiläum begleitet werde, solle sich der Redner, der für den gewerkschaftlichen Teil zuständig sei, eine gewisse Zurückhaltung bei seinen Aussagen auferlegen. Gleichzeitig dürfe man jedoch nicht außer Acht lassen, dass es sich trotz des festlichen Anlasses immer noch um eine Gewerkschaftsveranstaltung handele, bei der „naturgemäß“ inakzeptable Missstände erörtert und angeprangert würden.

Das internationale Umfeld sei geprägt von wirtschaftlichen und geopolitischen Spannungen. Insbesondere die Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten würden die Wirtschaft belasten. All dies könne sehr schnell negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, auf die Verwaltung der Staatsfinanzen und vor allem auf die Kaufkraft der Privathaushalte haben.

Natürlich könne man zur Feststellung gelangen, dass es Luxemburg noch verhältnismäßig gut gehe. Bei näherer Betrachtung der Statistiken werde jedoch schnell ersichtlich, dass auch hierzulande die Armut zunehme und immer mehr Bürger in finanzielle Bedrängnis gerieten.

Luxemburg sei stolz darauf, über einen Indexmechanismus zu verfügen. Die CGFP werde nicht zulassen, dass dieses bewährte Instrument auch nur im geringsten infrage gestellt werde. Gleichzeitig könne niemand abstreiten, dass die Indexierung schon längst nicht mehr zur vollständigen Ausgleichung des Kaufkraftverlusts ausreiche.

Mit der Anpassung der Steuertabelle um insgesamt sechseinhalb Indextranchen zum 1. Januar 2025 sei die Regierung einer langjährigen CGFP-Forderung nachgekommen. Diese Maßnahme sei begrüßenswert. Allerdings gebe es diesbezüglich noch viel Luft nach oben. Heiliger warf die Frage auf, warum es nicht möglich sei, einen Automatismus einzuführen, d.h. jedes Mal, wenn eine Indextranche eintrete, auch die Steuertabelle anzupassen. Auf diese Weise wäre das Problem der kalten Progression behoben. Offensichtlich würden sich jedoch der Finanzminister und die Regierung schwer damit tun.

Deutliche Worte an den Finanzminister

In diesem Zusammenhang zitierte der CGFP-Generalsekretär den Finanzminister. Dieser hatte vor Jahren als damaliger Abgeordneter darauf hingewiesen, dass jede Indextranche, die ohne eine Anpassung der Steuertabelle eintrete, eine versteckte Steuererhöhung sei. Besser könne man es nicht zusammenfassen, schlussfolgerte Heiliger. Zudem könne es nicht angehen, dass die Preise in vielen Sektoren bei jeder Indextranche systematisch um 2,5 % erhöht würden. Dies sei nicht die Zielsetzung des Index. Durch solche Praktiken verliere der Mechanismus seine Wirkung. „Wir fordern deshalb eine integrale Anpassung der Steuertabelle und gleichzeitig eine gesetzliche Grundlage für den Automatismus“, setzte der CGFP-Generalsekretär nach.

Unmittelbar danach ging der Redner auf die Diskussionen über die künftige Ausrichtung der Altersvorsorge ein. Ob in den sozialen Netzwerken, im Radio, im Fernsehen oder in den Zeitungen, überall setze die Regierung nur ein Thema in den Vordergrund: die Pensionen. Trotz Reserven in Höhe von 27 Milliarden Euro würden die politisch Verantwortlichen dringenden Handlungsbedarf sehen. Monatelang seien am laufenden Band von morgens bis abends Konsultationen geführt worden. Dem Bürger seien 500 Zeichen (!) zugestanden worden, um seine Meinung in einer äußerst komplexen Materie auszudrücken. In voller Transparenz würden Sitzungsprotokolle von Unterredungen im Internet veröffentlicht. Andere Probleme, die jedoch dringend angepackt werden müssten, würden kaum beachtet.



Die Wohnungskrise z.B. sei ein permanentes Problem, das bislang noch von keiner Regierung wirksam bekämpft worden sei. Die Berufskammer der öffentlich Bediensteten habe es in ihrem Gutachten zum Staatshaushalt auf den Punkt gebracht: Tatsächlich sei zu befürchten, dass die aktuelle Lage noch lange anhalten werde, zumindest so lange wie die politisch Verantwortlichen sich darauf beschränken würden, lediglich die Symptome durch verschiedene punktuelle und größtenteils vorübergehende Beihilfen zu bekämpfen, ohne jedoch auf die wahren Ursachen einzugehen.

Die demografische Entwicklung, ein völlig unzureichendes Wohnungsangebot im Vergleich zur bestehenden Nachfrage, eine Überregulierung, all das seien nur ein paar der Gründe für die aktuelle Wohnungsnot. Der derzeitigen Regierung müsse man jedoch zugutehalten, dass sie – im Gegensatz zu den vorigen Koalitionen – immerhin die Initiative ergriffen habe, die Prozeduren für den Bau der Wohnungen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Abzuwarten bleibe jedoch, ob dieser Schritt die erwünschte Wirkung zeigen werde und ob die Maßnahmen bei den Hilfsbedürftigen ankämen.

„Ein absolutes No-Go“

Fakt sei, dass immer mehr Menschen in Luxemburg an der Armutsgrenze leben würden. Sogar Privathaushalte, die ein Doppelseinkommen bezögen, hätten zunehmend Schwierigkeiten, ein Eigenheim zu erwerben. Die Regierung habe ein „Logementsdésch“ einberufen, um Lösungen zu finden. Dabei habe sie es versäumt, die drei national repräsentativen Gewerkschaften, darunter die CGFP, einzuladen. „Dies ist und bleibt ein absolutes No-Go“, ärgerte sich Heiliger.

Fast könnte man meinen, dass die Menschen, die die CGFP vertrete, nicht von der Wohnungsproblematik betroffen seien. Selbstverständlich habe die CGFP sofort auf diesen „absoluten Faux pas“ hingewiesen. Im Anschluss daran habe der Premierminister die Arbeitnehmervertreter über die getroffenen Beschlüsse informiert und somit vor vollendete Tatsachen gesetzt. Die CGFP werde nicht mehr zulassen, nur noch über Entscheidungen

in Kenntnis gesetzt zu werden, die andere zuvor längst getroffen hätten.

Die Regierung habe jedoch offensichtlich keine Lehren aus ihren Fehlern gezogen. Beim jüngsten „Energiedésch“ seien die Gewerkschaften erneut ausgeschlossen worden. Dabei sei der Energiepreisdeckel gemeinsam mit den Sozialpartnern im Rahmen der Tripartite beschlossen worden. Von politischer Seite werde so getan, als ob die ganze Problematik die Privathaushalte nichts angehe. Letztendlich müssten die Bürger die Energiepreise bezahlen. Durch seine große Vielfalt verfüge gerade der öffentliche Dienst in allen Bereichen über eine unheimlich hohe Expertise. Auch im Energiebereich hätten die Staatsbediensteten ihr Fachwissen einbringen können. Dies sei jedoch anscheinend nicht erwünscht gewesen.

Chaos bei den Energiepreisen

Erschwerend hinzu komme, dass bei den Energiepreisen ein heilloser Durcheinander herrsche. Zunächst habe es geheißen, der Preisdeckel würde Ende 2024 auslaufen und nicht mehr verlängert werden, außer beim Strom, der noch zu 30 % subventioniert werde. Wenig später habe der Direktor von Enovos in einem Radio-interview wissen lassen, dass die Tarife 2025 erheblich steigen würden.

Gleichzeitig habe Enovos seinen Kunden in einem Rundschreiben mitgeteilt, dass ihre Rechnung im kommenden Jahr eher niedriger als höher ausfallen werde. „Wie bitte soll der Normalsterbliche da noch die Übersicht behalten“, gab der CGFP-Generalsekretär zu bedenken. In einem Leserbrief habe eine Person die berechtigte Frage gestellt, ob man jetzt mehr oder weniger bezahlen müsse. Die Menschen würden nicht mehr durchblicken.

Ungewiss sei zudem, wie sich die neue Tarifstruktur des „Institut Luxembourgeois de Régulation“ (ILR) konkret auf die einzelnen Haushalte auswirken werde. Dabei wäre die Lösung ganz einfach gewesen, nämlich den Preisdeckel auf alle Energiepreise gemäß den Tripartite-Beschlüssen bis Ende 2025 zu verlängern. Durch die jüngsten politischen Beschlüsse würden so manche Privathaushalte finanziell in Be-



Serge Wilmes, Minister des öffentlichen Dienstes: „Die CGFP kann auf den Dialog mit der Regierung zählen, damit im Staatsdienst auch künftig weiterhin die bestmöglichen Arbeitsbedingungen herrschen.“

drängnis geraten. An die Regierung ging der eindringliche Appell, diesbezüglich umzudenken und auf gesetzgeberischem Plan die nötigen Änderungen vorzunehmen.

Keine Lösung für akute Probleme

Neben dem „Logement“ und den Energiepreisen gebe es weitere Themen, die dringend behandelt werden müssten. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Regierung es vorziehe, über die Pensionen zu diskutieren, um somit von anderen Themen abzulenken.

In der Umweltpolitik müsse die Bevölkerung bei der Umsetzung der Maßnahmen eingebunden werden. Begrüßenswert sei die im Budgetentwurf erwähnte Vorfinanzierung der staatlichen Subventionen bei der Photovoltaik. Unerklärlich sei hingegen, warum diese Vorfinanzierung nicht auch bei anderen ähnlich gelagerten Maßnahmen möglich sei.

Im Bereich der Verteidigung sei Luxemburg darum bemüht, sein finanzielles Engagement bis zum Jahr 2030

auf 2 % des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen, um somit die NATO-Verpflichtungen zu erfüllen. Auch hier zeige die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) in ihrem Gutachten zum Staatshaushalt Verständnis. Gleichzeitig werfe die CHFEP allerdings die Frage auf, ob es nicht sinnvoller wäre, zusätzliche Mittel in die Diplomatie zu investieren, um Konflikte zu vermeiden, statt welche auszulösen. Andernfalls würden die internationalen Organisationen, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zur Friedenserhaltung gegründet wurden, ihre Zweckmäßigkeit verlieren.

Seit Jahren verzeichne Luxemburg eine steigende Zahl der Arbeitslosen. Besorgniserregend sei vor allem der Zuwachs der Langzeitarbeitslosen und der älteren Beschäftigten ohne Arbeit. Sowohl die ADEM als auch die Berufskammern müssten mit den notwendigen Ressourcen ausgestattet werden, um ihre Missionen, – vor allem im Rahmen der Schulungs- und Umschulungsprogramme – zu erfüllen.

Fortsetzung siehe Seite 15



Die Gäste der Conférence des Comités

Claude Wiseler (CSV),
Parlamentspräsident
Serge Wilmes (CSV),
Minister des öffentlichen Dienstes
Nicolas Schmit (LSAP),
ehemaliger EU-Kommissar
für Beschäftigung und soziale Rechte
ADR
Fred Keup, Abgeordneter
CSV
Maurice Bauer, Vorsitzender des für
den öffentlichen Dienst zuständigen
Parlamentsausschusses

Déi Gréng

Joëlle Welfring, Abgeordnete

DP

Gilles Baum, Fraktionspräsident
Simone Beissel, Abgeordnete
Fernand Etgen, Abgeordneter
Gerard Schockmel, Abgeordneter

LSAP

Mars Di Bartolomeo, Abgeordneter
George Engel, Abgeordneter
Ben Polidori, Abgeordneter

déi Lénk

David Wagner, Abgeordneter

Piratepartei (PPL)

Sven Clement, Abgeordneter

BESTCHARGE

powered by PETRO-CENTER

**Hypercharge Réseau
N°1 zu Lëtzebuerg !**

**Äre Partner a Saachen
Elektromobilitéit !**

- Bis 400KW DC
- Direkt bezuelen iwvert d'APP fir Privatleit a Betriber

BESTCHARGE
energy experts
powered by Petro-Center™

fast charging system
for electric vehicles



BESTCHARGE
energy experts
powered by Petro-Center™

E-MOBILITY
CARD
RFID

**BESTCHARGE Kaart an App mat Accès op méi wéi
850.000 Luedpunkten zu Lëtzebuerg an Europa**

**Eegene BESTCHARGE Réseau
mat 200 Hypercharge Luedpunkten bis Enn 2025**

GET IT ON
Google Play

Download on the
App Store



PETRO-CENTER SA | 2, rue Jean Fischbach | L-3372 Leudelange
Tel : +352 26 37 27 -1 | Fax : +352 26 37 27 900 | petro-center.lu

BESTCHARGE
energy experts
powered by Petro-Center™

Fortsetzung von Seite 13

Auch im Gesundheitswesen gebe es vieles zu beanstanden. Nach dem für 2025 projizierten Defizit der Gesundheitskasse CNS seien die diesbezüglichen Diskussionen auf später vertagt worden. Für die CGFP stehe jetzt schon fest, dass es zu keinen Leistungsverschlechterungen kommen dürfe. Die Tatsache, dass Luxemburg in ein paar Jahren mit einem regelrechten Ärztemangel konfrontiert werde, bereite der CGFP ebenfalls große Sorgen. Auch dieses Thema werde nahezu totgeschwiegen. Dabei sei es heute schon fast unmöglich, einen Termin bei einem Facharzt zu ergattern, wenn man dort nicht bereits zuvor Patient gewesen sei.

Steuerreform in der Schwebe

In Bezug auf die geplante Steuerreform erinnerte Steve Heiliger an eine langjährige CGFP-Forderung. Bei der Ausarbeitung dieses Vorhabens müsse die Berufsorganisation der Staatsbediensteten von Beginn an eingebunden werden. Inzwischen sei es fraglich, ob die Steuerreform überhaupt in dieser Legislaturperiode umgesetzt werde. Erst kürzlich sei der Premierminister in einem Interview mit dem „Luxemburger Wort“ darauf angesprochen worden. Auf die Frage „Wird die Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt?“, habe der Regierungschef geantwortet: „Das kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen.“ Wenn der Premier es nicht wisse, wem mokierte sich der CGFP-Generalsekretär.

Danach prangerte Heiliger den mangelnden Sozialdialog an. „Was gibt es für eine national repräsentative Gewerkschaft Schöneres, als es mit einer Regierung zu tun zu haben, die sich in fetten Druckbuchstaben den Sozialdialog auf die Fahne geschrieben hat und dies gebetsmühlenartig nach außen hin versichert?“

Der Sozialdialog gehöre zum Luxemburger Modell wie das Amen zum Gebet. Es liege sicherlich in der Natur der Sache, dass alle Akteure zunächst ihre eigenen Interessen vertreten würden. Wichtig sei es, dass am Ende ein Kompromiss erzielt werde, der für alle Beteiligten tragbar sei, auch wenn beide Seiten ab und zu Wasser in ihren Wein gießen müssten.

Protestkundgebung mit Folgen

Der Sozialdialog habe zum Jahresbeginn derart gut funktioniert, dass die CGFP am vergangenen 29. April eine groß angelegte Protestveranstaltung habe organisieren müssen, bemerkte Heiliger ironisch. Nach dieser überaus erfolgreichen Kundgebung stehe die CGFP-Exekutive wieder im ständigen Austausch mit dem Minister des öffentlichen Dienstes und dessen Umfeld. Die Arbeitsgruppen, die gemäß dem letzten Gehälterabkommen eingesetzt wurden, hätten in regelmäßigen Abständen getagt.

Die Gespräche betreffend den verstärkten Schutz der langzeiterkrankten Staatsbediensteten, insbesondere der Angestellten im Staatsdienst, sowie die Reform des Disziplinarrechts seien in vielen Hinsichten fruchtbar gewesen. In den jeweiligen Arbeitsgruppen habe die Gegenseite in vielen Punkten ein gewisses Verständnis erkennen lassen. Nach den zahlreichen Unterredungen müssten jetzt Nägel mit Köpfen bei all jenen Vorhaben gemacht werden, die der CGFP vor den Sommerferien für die „Rentrée“ in Aussicht gestellt worden seien.

Gleiches gelte auch für die Harmonisierung der unteren staatlichen Berufslaufbahnen, die immer noch nicht umgesetzt worden sei. Die Betroffenen seien verständlicherweise ungeduldig. Es sei von allergrößter Wichtigkeit, dass

die Umsetzung – gemäß dem Gehälterabkommen – mit Rückwirkung zum 1. Juli 2022 in Kraft trete. Akuten Handlungsbedarf gebe es zudem beim Entwurf zur Vorruhestandsregelung für jene öffentlich Bediensteten, die nach 1999 eingestellt wurden und 20 Jahre lang Schichtdienst geleistet haben. Das längst überfällige Dokument zur Problematik betreffend die Gewerkschaftsfreiheiten lasse auch weiterhin auf sich warten.

Ein fairer Sozialdialog setze voraus, dass die Gegenseite gewillt sei, bei einem Konflikt über den Kern des Streitfalls zu diskutieren, statt mit dem Hinweis auf vermeintliche Formfehler permanent zu versuchen, der Diskussion aus dem Weg zu gehen. Eine solche Situation habe sich dieses Jahr mehrmals ereignet. Erst kürzlich sei die Gegenseite in einem sektoriellen Streitfall der Ansicht gewesen, dass die betreffende CGFP-Mitgliedsorganisation kein Schlichtungsverfahren einleiten dürfe, weil sie im Endeffekt über kein Streikrecht verfüge. Jene Bestimmungen, die seit der am 16. April 1979 erfolgten gesetzlichen Verankerung des Streikrechts im öffentlichen Dienst noch möglich waren, sollten plötzlich nicht mehr gültig sein. Die Schlichterin habe dieser Argumentation auch noch zugestimmt.

Einschränkung von gewerkschaftlichen Rechten

Das Ganze müsse man sich auf der Zunge zergehen lassen: Über kein Streikrecht zu verfügen, bedeute, dass einem das Recht auf ein Schlichtungsverfahren aberkannt werde, kritisierte der CGFP-Generalsekretär. Nach dieser Logik dürfe man auch kein Auto mehr fahren, weil nirgendwo eine Geschwindigkeitsüberschreitung von 130 km/h erlaubt sei. Mit diesen Worten habe neulich ein Magistrat in einem Gespräch unter vier Augen die Angelegenheit halb ernsthaft, halb ironisch kommentiert.

In den vergangenen Jahrzehnten seien zahlreiche Schlichtungsverfahren von CGFP-Fachverbänden in die Wege geleitet worden, obwohl deren Mitglieder kein Streikrecht hatten. In den allermeisten Fällen sei in der Schlichtung, spätestens aber in der Mediation eine vernünftige Lösung gefunden worden. Sogar unter der vorigen „Gambia“-Koalition habe dies nie ein Problem dargestellt, sodass man berechtigterweise die Frage aufwerfen dürfe, welche Partei für



CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, umgeben von den beiden Vizepräsidenten Gilbert Goergen und Claude Heiser.

die jüngste Kehrtwende verantwortlich sei. Wenn alle Staatsbediensteten ohne Streikrecht künftig kein Schlichtungsverfahren mehr einleiten dürften und sich nach gescheiterten Verhandlungen auch an keine andere Beschwerdeinstanz wenden könnten, stelle dies ein absolutes No-Go dar. Hier werde ein elementares gewerkschaftliches Recht beschnitten.

In diesem Zusammenhang habe die CGFP bereits am vergangenen 22. Oktober den Premierminister und den zuständigen Ressortminister aufgesucht. Deren Erklärung, dass sich zunächst auch ein Rechtsanwalt mit der Form einer Angelegenheit befasse, bevor er sich mit dem Kern einer Sache auseinandersetze, könne die CGFP beim besten Willen nicht gelten lassen.

„Wir befinden uns nicht vor Gericht. Der Schlichtungsausschuss ist keine Gerichtsbarkeit“, so Heiliger. Weder die CGFP noch ihre Fachverbände, die ein Schlichtungsverfahren einleiten, seien Regierungsgegner, sondern Sozialpartner, die nach gescheiterten Verhandlungen auf eine sehr vernünftige Art und Weise versuchen würden, doch noch zu einer Lösung des Konflikts zu gelangen.

Niemandem brauche man die Bedeutung des Wortes „Konzilieren“ zu erklären.

Im Falle einer „Nichteinigung“ gehe es darum, mit Hilfe einer Drittperson, also einem Schlichter, am Verhandlungstisch einen Kompromiss zu erzielen. Wenn sich jedoch die Regierungsdelegation weigere, über den Kern der Angelegenheit zu diskutieren und sogar zu einem bestimmten Zeitpunkt der Ansicht sei, sie bräuchte überhaupt nicht mit den Gewerkschaften zu reden, werde dieses Unterfangen schwierig. Zudem müsse man sich ernsthaft die Frage stellen, wer diese Regierungsvertreter gebrieft (oder nicht in Kenntnis gesetzt) habe.

„Die Geduld der CGFP nicht überstrapazieren“

Für die CGFP stehe jedenfalls fest, dass jedem Bereich des Staatsdienstes nach gescheiterten Verhandlungen ermöglicht werden müsse, Einspruch einzulegen – Streikrecht hin oder her. In der Sitzung mit dem Premierminister und dem Minister des öffentlichen Dienstes habe die CGFP diese Botschaft ganz klar zum Ausdruck gebracht. Es gehe hier um eine wesentliche Frage, die die Gewerkschaften tief im Kern ihrer Rechte treffen würde, falls sie ungeklärt bliebe. Auf politischer Seite scheine die Botschaft

Fortsetzung siehe Seite 16



Im Rahmen der CGFP-Vorständekonferenz überreichten Nationalpräsident Romain Wolff und Finanzverwalter Patrick Remakel einen Scheck in Höhe von 10.000 Euro an den Präsidenten der „Fondation CGFP de Secours“, Paul-Henri Meyers, und den Vorsitzenden von CGFP Services, Joseph Daleiden. Das Projekt „Bonjour Bébé!“ unterstützt humanitäre Aktionen im Togo.



Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, trug die Resolution 2024 vor, die anschließend einstimmig verabschiedet wurde.

Fortsetzung von Seite 15

angekommen zu sein. Der CGFP sei damals eine Lösung in Aussicht gestellt worden.

Die oben genannte Unterredung mit dem Premier- und dem Beamtenminister habe allerdings bereits am vergangenen 22. Oktober stattgefunden. Seitdem herrsche absolute Funkstille. An die Regierung gehe deshalb der deutliche Aufruf, der CGFP in dieser Angelegenheit binnen kürzester Zeit eine akzeptable Lösung vorzulegen. „Die Geduld der CGFP soll nicht überstrapaziert werden“, warnte Heiliger.

In einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, bei dem es um eine mehr

als fragwürdige Entlassung eines Staatsbediensteten ging, habe die CGFP einen Antrag auf ein freiwilliges Eingreifen („requête en intervention“) gestellt, um somit die Gewerkschaftsfreiheit zu verteidigen. Die Gegenseite habe sich jedoch dafür ausgesprochen, diesen Schritt für unzulässig zu erklären. Somit sei versucht worden, einer Konfrontation mit der CGFP aus dem Weg zu gehen. Dieses Verhalten komme einem Verstoß gegen internationale Normen gleich. „Das lässt tief blicken und dürfte eigentlich nicht vorkommen. Es ist blanker Hohn“, erzürnte sich der CGFP-Generalsekretär.

Der öffentliche Dienst habe ein Recht darauf, dass die Regierung ihm die nöti-

gen Mittel zur Verfügung stelle. Nur so bleibe garantiert, dass der Staat seine Aufgaben gesetzeskonform durchführen könne. Wenn dem nicht so sei, sei es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Gewerkschaften, sich dafür einzusetzen, dass diese Unregelmäßigkeiten behoben würden.

„Ein regelrechter Skandal“

Auf keinen Fall dürfe es jedoch so sein, dass der Präsident einer CGFP-Mitgliedsorganisation wegen seines Engagements seine Arbeitsstelle verliere. Es sei völlig inakzeptabel, dass vor Gericht alles daran gesetzt werde, der CGFP eine Klage zu verbieten. Eine solche Vorgehensweise sei ein „regelrechter Skandal.“

Nach dieser herben Kritik ging der CGFP-Generalsekretär auf die bevorstehenden Gehälterverhandlungen mit der Regierung ein. Das wirtschaftliche Umfeld für solche Gespräche sei durchaus günstig. Laut den Angaben des Finanzministeriums (Stand: 8. Oktober 2024) hätten die öffentlichen Finanzen beim Zentralstaat zum 30. September 2024 einen Zuwachs von 2,6 Milliarden Euro (+14,1 %) im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. „La politique de relance du gouvernement commence à se faire ressentir“, habe das Finanzministerium eingeräumt. Ziehe man auch noch in Betracht, dass sich beim Defizit ein sich abschwächender Trend abzeichne, müsse sich die Staatsverschuldung eigentlich stabilisieren, wenn nicht sogar prozentual zum Bruttoinlandsprodukt rückläufig sein.

Der Rahmen sei demnach gesteckt, um einer substantiellen linearen Punktwertverhöhung zuzustimmen. Dies umso mehr, da die CGFP diesbezüglich bei den vorigen Verhandlungen vernünftige Forderungen gestellt habe. Aus Solidarität mit den jüngeren Generationen sei auf eine Punktwertverhöhung verzichtet worden, um somit die 80-80-90-Regelung im Praktikum abzuschaffen. In den Jahren danach hätten sich die Auswirkungen der Pandemie und des Ukraine-Kriegs bemerkbar gemacht.

Weiterer Handlungsbedarf bei der Abschaffung des Bewertungssystems

Beim jüngsten Gehälterabkommen habe sich die CGFP mit einer moderaten Erhöhung des Punktwerts einverstanden gezeigt. Im Gegenzug habe sich die damalige Regierung dazu verpflichtet, das Bewertungssystem im öffentlichen Dienst abzuschaffen. Somit sei eine langjährige Forderung der CGFP erfüllt worden.

Apropos Bewertungssystem: Inzwischen habe die CGFP ein schriftliches Bekenntnis von der Regierung erhalten, dass in dieser Legislaturperiode kein Gesetzentwurf mehr eingereicht werde, der darauf abziele, ein Bewertungssystem in einer Staatsverwaltung wieder einzuführen. Für die CGFP stelle dies jedoch nur einen Teilerfolg dar. Auch wenn Klarheit bei den Verwaltungen herrsche, stelle sich immer noch die Frage nach der Umsetzung in den öffentlichen Einrichtungen. Aus dem Ministerium des öffentlichen Dienstes sei zu vernehmen, dass sich jene Bestimmungen, die sich auf das Besoldungsabkommen beziehen, auch für die mit dem Staatsdienst assimilierten Mitarbeiter der „Établissements publics“ gelten würden. Dies sei auch ohne ausdrückliche Erwähnung der Fall.

In den vorigen Gehälterabkommen sei vereinbart worden, dass diese Bestimmungen – neben anderen – auch in den öffentlichen Einrichtungen angewendet werden müssen. Folglich sei es nicht hinnehmbar, dass beispielsweise die „Spuerkeess“ und die Bankenaufsicht CSSF, auf einmal ihre eigenen Regeln aufstellen würden, so als ob

es kein Besoldungsabkommen gebe. „Wenn dem so ist, dann hätte man uns dies vor der Unterzeichnung des Abkommens in aller Transparenz und Ehrlichkeit sagen sollen“, beschwerte sich Heiliger.

Zu einem attraktiven öffentlichen Dienst gehöre auch eine kontinuierliche Lohnpolitik. Dieses Mal führe daher kein Weg an einer substantiellen Punktwertverhöhung vorbei. Darüber hinaus lege die CGFP viel Wert auf ein angenehmes Arbeitsumfeld und korrekte Arbeitsbedingungen. Das gleiche Ziel müsste eigentlich auch die Regierung verfolgen.

Luxemburg verfüge zurzeit über einen leistungsstarken öffentlichen Dienst. Auch Organisationen wie die OECD, die nicht unbedingt dem Staatsdienst gut gesinnt seien, würden dies bescheinigen.

Für einen vereinfachten Verwaltungswechsel

Zur Attraktivität eines öffentlichen Dienstes würde neben dem Homeoffice auch die Möglichkeit gehören, die Verwaltung innerhalb des vielfältigen Staatsdienstes zu wechseln. Staatsbedienstete könnten sich so im Laufe der Zeit neu orientieren. Es verstehe sich von selbst, dass ein solcher Wechsel mit Risiken verbunden sei, z.B. wenn der Anwärter in der neuen Verwaltung wieder ein Praktikum mit ungewissem Ausgang durchlaufen müsse.

In diesem Sinne sei es nur normal, dass dem Betroffenen innerhalb dieses Zeitraums ein unbezahlter Urlaub („congé sans traitement pour raisons professionnelles“) in seiner Verwaltung gewährt werde, vorausgesetzt natürlich, dass dieser nicht aus dem öffentlichen Dienst austrete.

Ist eine Verwaltung wegen mangelnder Laufbahnperspektiven unattraktiv, könne die Lösung nicht darin bestehen, den Mitarbeitern den unbezahlten Urlaub systematisch zu verweigern, damit diese ja nicht den Arbeitsplatz wechseln. Stattdessen müsse die Verwaltung alles daran setzen, ihre Attraktivität zu steigern, indem sie u.a. ihre Laufbahnregelungen überdenke. Wer zum Zweck eines Verwaltungswechsels ein „congé sans traitement pour raisons professionnelles“ beantrage, müsse diesen auch gewährt bekommen. „Dies muss schlichtweg ein Recht werden“, forderte Steve Heiliger mit Nachdruck.

Manche Herausforderungen würden demnächst auf die Politik, das Land, die Bürger, den öffentlichen Dienst und die Gewerkschaften zukommen. Angesichts all dieser Probleme sei es von größter Wichtigkeit, Mitglied einer starken Gewerkschaft wie der CGFP zu sein. Den Delegierten versicherte Heiliger, dass sich die Stärke der CGFP durch den unermüdeten Einsatz ihrer Mitglieder und ihrer sektoriellen Fachverbände auszeichne.

CGFP benötigt keine externe Hilfe

Als einzige national repräsentative Gewerkschaft im öffentlichen Dienst lasse sich die CGFP nicht auseinanderdividieren. Gerade jetzt demonstriere sie Zusammenhalt. In schwierigen Zeiten wie diesen komme es darauf an, dass sich der eine auf den anderen verlassen könne. Auch beim Aushandeln eines Gehälterabkommens benötige die CGFP keine Hilfe von außen.

In den vergangenen Jahrzehnten sei die CGFP immer gut allein zurechtgekommen. Sie habe bei ihrem verantwortungsvollen Handeln stets die Interessen ihrer Mitglieder und darüber hinaus des gesamten öffentlichen Dienstes im Blick gehabt. Diese Haltung werde sich auch künftig nicht ändern. Mit Genugtuung nehme die CGFP zur Kenntnis, dass auch die Regierung diese Sichtweise teile. Die



PRIMUS
HOME & PARTNERS







Zu Contern Rare um Marché

Präis : 595 000 €

E modernt a hellt Appartement mat 60 m² Wunnfläch, um 2te Stack geleeén an enger klenger Residenz vun 2018

1 Schlofkummer mat Dressing, 1 Buedzëmmer, 1 groust Iess- / Wunnzëmmer, grouss oppe Kichen, 1 zouene Garage, 1 Emplacement, 1 Keller, gemeinsamen Gaart, Garantie décennale, ...

Fir weider Informatiounen oder fir eng Visitt, kontaktéiert eis gären per Telefon oder Mail :

+352 26 67 22 86
+352 621 29 79 59
christian.eilert@primushome.lu



www.primushome.lu



Die 115-Jahr-Feierlichkeiten wurden von der Big Band der Militärmusik musikalisch umrahmt.

CSV-DP-Koalition betrachte die CGFP als ihren alleinigen Verhandlungspartner, wenn es um die Allgemeininteressen des öffentlichen Dienstes gehe.

Bei den letzten Berufskammerwahlen habe die CGFP 21 von 22 möglichen Sitzen für sich verbuchen können. Wer unter diesen Umständen noch auf den Gedanken käme, die Repräsentativität der CGFP infrage zu stellen, verfüge zumindest über ein merkwürdiges Demokratieverständnis.

Den Blick nach vorne gerichtet, rief Steve Heiliger seinen Zuhörern in Erinnerung, dass 2025 erneut für die CGFP ein entscheidendes Jahr sein werde. Im März 2025 stünden bekanntlich die Sozialwahlen im öffentlichen Dienst an. Dieser Stichtag, der alle fünf Jahre erfolge, sei der wichtigste in der Agenda einer Gewerkschaftsorganisation. Immerhin werde aufgrund dieser Ergebnisse die Repräsentativität der CGFP festgelegt.

Die CGFP werde jedenfalls alles unternehmen, um ihre Machtposition zu verteidigen und gegebenenfalls sogar noch auszubauen. An alle Anwesenden ging der Aufruf, die CGFP-Listen bei diesen Wahlen massiv zu unterstützen und den ausgefüllten Stimmzettel fristgerecht zurückzuschicken.

An der CGFP führt kein Weg vorbei

Eines stehe fest: Wenn es um den öffentlichen Dienst gehe, sei die CGFP unumgänglich. Es reiche nicht aus, lediglich in dem einen oder anderen Bereich des öffentlichen Dienstes vertreten zu sein. Ausschlaggebend sei der Blick und das Know-how für das Ganze. Die CGFP verfüge über beides. Daran werde sich auch künftig nichts ändern. Genau wie in der Vergangenheit werde die CGFP auch in den kommenden Jahren ihren Anteil für einen modernen und dynamischen Staatsdienst mit einer einhergehenden angemessenen Gehälterentwicklung leisten.

Ziel sei es, dass der öffentliche Dienst wie in all den Jahren zuvor durch seine

Vielfältigkeit und seine Sachkenntnis in vielen Bereichen weiterhin leistungsstark und zuverlässig bleibe. „Wir jedenfalls wissen, wer auf gewerkschaftlicher Ebene die Nummer 1 im öffentlichen Dienst ist. Und darin liegt der Unterschied: Die einen wären es gerne – und wir sind die Nummer 1“, sagte der CGFP-Generalsekretär unter tosendem Beifall.

Auch künftig werde die CGFP der Regierung mit Respekt begegnen und dabei mit aller Entschlossenheit für die Anliegen des öffentlichen Dienstes eintreten, ohne jedoch die Interessen des Landes aus den Augen zu verlieren.

Abschließend richtete sich Steve Heiliger an den zuständigen Ressortminister: „Herr Minister, stärken sie Ihren öffentlich Bediensteten den Rücken. Das sind Sie ihnen schuldig!“ In der Vergangenheit habe es die CGFP einmal mit einem Minister des öffentlichen Dienstes zu tun gehabt, der von sich behauptete, er sei keineswegs ein Lobbyist der CGFP. „Wir brauchen keinen Lobbyisten. Herr

Wilmes, wir möchten lediglich in Ihnen einen Partner sehen, der sich für die Belange seiner Mitarbeiter einsetzt, z.B. auch im Regierungsrat, wenn es darum geht, Punkte aus dem Forderungskatalog bei den Gehälterverhandlungen durchzusetzen – und dies nicht nur als Minister des öffentlichen Dienstes, sondern vor allem auch als Minister für den öffentlichen Dienst“, stellte Heiliger klar.

Zaghafter Minister

Am Ende seiner Rede wünschte der CGFP-Generalsekretär, sowohl in seinem persönlichen Namen als auch stellvertretend für die CGFP-Exekutive, den Delegierten und deren Familienangehörigen schöne Feiertage. Zugleich wünschte er ihnen ein frohes neues Jahr, erfüllt mit Freude und Genugtuung auf privater und beruflicher Ebene sowie eine gute Gesundheit, die stets ein entscheidender Faktor sei. Auch in Zukunft werde die CGFP auf die Unterstützung ihrer Mitglieder zählen. Umgekehrt gelte das Gleiche. Auf die CGFP sei nach wie vor Verlass.

In seiner kurzen Ansprache bezog der Minister für den öffentlichen Dienst keine Stellung zu den CGFP-Forderungen. In den Diskussionen zeige sich der Dachverband der Staatsbediensteten entschlossen, aber konstruktiv. Die CGFP könne auf den Dialog mit der Regierung zählen, damit im Staatsdienst auch in Zukunft weiterhin die bestmöglichen Arbeitsbedingungen herrschen würden.

Zum Schluss der Vorständekonferenz wurde der vom Ersten Vizepräsidenten Claude Heiser vorgetragene CGFP-Entschluss 2024 einstimmig verabschiedet (siehe QR-Code).

Die Ehrengäste und zahlreichen Delegierten ließen den Abend anschließend mit einem Cocktail-Dinner ausklingen.

Max Lemmer



Cours de formation et d'appui scolaires

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE: mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30, mercredi: de 14h30 à 16h30, jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu ■ <https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

**FONDATION
CGFP DE SECOURS**

CGFP  **-SERVICES**

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.

Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1111 0733 4614 0000



(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

58. CGFP-Vorstandskonferenz

Ein Empfang zu Ehren der Delegierten und Gäste





Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

BHW und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit
und zwar zu sehr attraktiven Bedingungen

**Unschlagbares
Angebot**

für: Wohnungsbau/-kauf
Modernisierung
Grundstückwerb

mit: Sofortkredit
CGFP-Vorzugsdarlehen
Steuervorteilen

Lassen Sie sich
unverbindlich
beraten!

Bitte ausfüllen und einsenden
oder QR-Code scannen:

OEL/CGFP

Oeuvre CGFP
d'Épargne-Logement
B.P. 595
L-2015 Luxembourg



Baukredit:
Ich bitte um
unverbindliche
Beratung durch einen
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)

Baufinanzieren *aktuell*

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus

Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbausparen Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Épargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbausparen Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapriolen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar. Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbausparen Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



Gemütlich und schick: Heizkörper als Sitzbank

QUELLE: TUBESRADIATORI.COM / BEPPE BRANCATO ADSTUDIOMILO / BHW BAUSPARKASSE

Wärmender Blickfang

Die neuen Heizkörper können weit mehr, als nur Wärme auszustrahlen. Mit modernem Design punkten sie nicht nur als dekorative Hingucker, sondern auch mit zusätzlichen Funktionen.

Die neuen Heizkörper sind erst auf den zweiten Blick als solche zu erkennen. Eher gleichen sie Kunstobjekten, die im Winter wärmen und im Sommer die Räume dekorativ verschönern. In kräftigen Farben oder Metallic-Tönen gehalten, kommen die Wärmespender je nach Geschmack puristisch oder verspielt daher. Neben ihrer Optik überzeugen die modernen Heizkörpervarianten mit praktischen Zusatzfunktionen: Im Bad, Wohn- und

Schlafbereich dienen sie als Regale, Raumteiler, Sichtschutz oder Garderobe. „Bei der Anschaffung neuer Heizkörper sollte man sich fachlich beraten lassen und vor allem auf die Energieeffizienz achten“, empfiehlt Thomas Mau von der BHW Bausparkasse. „Um eine bestmögliche Luftzirkulation sicherzustellen, spielen der Standort und die Größe des Raums eine wichtige Rolle.“ Umweltfreundliche Varianten können auch mit einer Fußbodenheizung oder per Wärmepumpe betrieben werden. Im Vergleich zu einer herkömmlichen Heizung lassen sich mit Niedrigtemperatur-Geräten bis zu 35 Prozent der Heizkosten sparen

Spezialeffekte mit 3D-Fliesen

Mit dreidimensionalen Fliesen lassen sich Wohnräume, Bäder und Küchen auf spektakuläre Weise aufwerten.

Eine Backsteinmauer im Wohnzimmer, eine wellenförmig strukturierte Wand im Bad – mit reliefartigen 3D-Fliesen lassen sich neue, beeindruckende Effekte erzielen. Ihre besondere Oberflächenstruktur setzt die Wände durch einen ungewöhnlichen Lichteinfall in Szene und verleiht den Räumen eine lebendige Atmosphäre. Erhältlich sind die Fliesen in verschiedenen Mustern, Farben und Designs, sodass Experimentierfreudige ihrer Kreativität freien Lauf lassen können. Die Auswahl umfasst unterschiedliche

Texturen, von glänzenden Oberflächen in Stahl, Kupfer oder Chrom über geometrische Formen bis hin zu täuschend echt wirkender Holzoptik. Fliesen aus Naturstein, Keramik oder Porzellan sind dabei besonders schadstoffarm und pflegeleicht. „3D-Fliesen sollte man am besten von Profis verlegen lassen, da selbst kleinste Fehler den Effekt stören könnten“, rät Krzysztof Pompa von der BHW Bausparkasse. Eine günstige Alternative sind Fliesen mit aufgedruckten 3D-Bildern, wahlweise gibt es sie auch mit eigenen Motiven. Sie werden in einem speziellen Verfahren aufgedruckt und erzeugen ihre Wirkung durch Lichtreflexion.



Relief an der Wand: 3D-Fliesen

QUELLE: CASA1-FLIESEN.DE / BHW BAUSPARKASSE

ZUSAMMENVERANLAGUNG ODER EINZELBESTEUERUNG?

DIE OPTIONSMÖGLICHKEITEN DER EHELEUTE UNTER DIE LUPE GENOMMEN

B) DIE STRIKTE EINZELVERANLAGUNG (IMPOSITION INDIVIDUELLE PURE)

AUF DER LOHNSTEUERKARTE

- Beide Lohnsteuerkarten werden in Steuerklasse 1 ausgestellt.
- Der außerberufliche Freibetrag von 4.500 € wird zu je 2.250 € auf jede der beiden Karten eingeschrieben, dazu die jeweiligen Fahrtkosten.
- Der Steuertabelle wird der Betrag zugrunde gelegt, der sich aus dem Bruttolohn abzüglich der Pflichtbeiträge für Sozialversicherungen und obigen steuermindernden Beträgen ergibt (=Basis für Lohnsteuer).

LOHNSTEUERKARTE DES EHEPARTNERS 1 BEI STRIKTER EINZELVERANLAGUNG

Fiche de retenue d'impôt

Classe d'impôt 1				Taux de retenue - %	
Déductions	An	Mois	Jour	Crédits d'impôts	
FD	- €	- €	- €	CIS	OUI
AC/AE	2.250 €	187,50 €	7,50 €	CIP	NON
CE	- €	- €	- €	CIM	NON
DS	- €	- €	- €	Pour les montants respectifs des crédits d'impôts à accorder, respectivement des informations générales sur les fiches de retenue d'impôt, veuillez-vous référer aux instructions sur le site impotsdirects.public.lu à la rubrique « Salarié et pensionné ».	
FO	- €	- €	- €		
Forfaits			- €		
FFO	- €	- €	- €		
FDS	- €	- €	- €		

BEISPIEL (Steuerjahr 2024)

Monatliches Bruttogehalt	6.250,00 €	6.250,00 €
Sozialversicherungen 10,80 %	- 675,00 €	- 675,00 €
AC/AE	- 187,50 €	
FD	- €	
FFO	- €	
FDS	- €	
Basis für Lohnsteuer	5.387,50 €	
Lohnsteuer nach Lohnsteuertabelle Klasse 1	1.187,30 €	- 1.187,30 €
Nettogehalt nach Lohnsteuer		4.387,70 €

LOHNSTEUERKARTE DES EHEPARTNERS 2 BEI STRIKTER EINZELVERANLAGUNG

Fiche de retenue d'impôt

Classe d'impôt 1				Taux de retenue - %	
Déductions	An	Mois	Jour	Crédits d'impôts	
FD	- €	- €	- €	CIS	OUI
AC/AE	2.250 €	187,50 €	7,50 €	CIP	NON
CE	- €	- €	- €	CIM	NON
DS	- €	- €	- €	Pour les montants respectifs des crédits d'impôts à accorder, respectivement des informations générales sur les fiches de retenue d'impôt, veuillez-vous référer aux instructions sur le site impotsdirects.public.lu à la rubrique « Salarié et pensionné ».	
FO	- €	- €	- €		
Forfaits			- €		
FFO	- €	- €	- €		
FDS	- €	- €	- €		

BEISPIEL (Steuerjahr 2024)

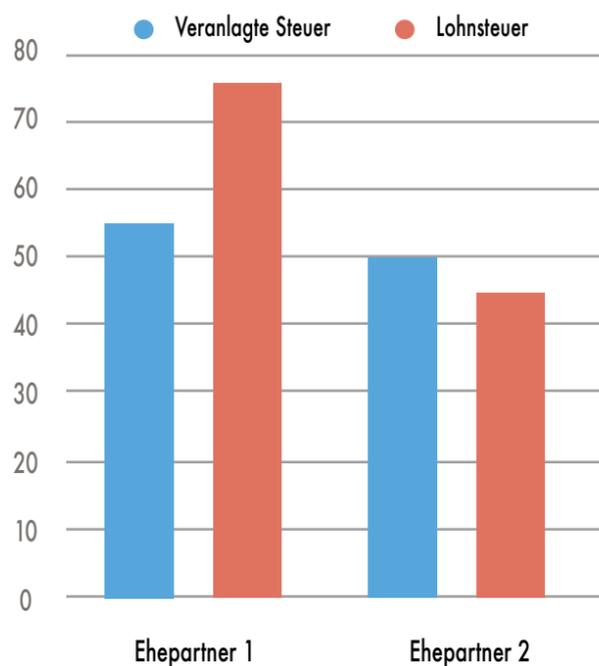
Monatliches Bruttogehalt	5.000,00 €	5.000,00 €
Sozialversicherungen 10,80 %	- 540,00 €	- 540,00 €
AC/AE	- 187,50 €	
FD	- €	
FFO	- €	
FDS	- €	
Basis für Lohnsteuer	4.272,50 €	
Lohnsteuer nach Lohnsteuertabelle Klasse 1	722,50 €	- 722,50 €
Nettogehalt nach Lohnsteuer		3.737,50 €

WAS PASSIERT DA GENAU? SCHRITT 1: ERMITTLUNG DES STEUERPFLICHTIGEN EINKOMMENS

- Das steuerpflichtige Einkommen wird für jeden Ehepartner einzeln festgesetzt, d.h. die Einkünfte und absetzbaren Ausgaben werden individuell betrachtet.
- Der außerberufliche Freibetrag von 4.500 € wird je zur Hälfte an beide Ehepartner aufgeteilt.



SCHRITT 2: DIE BESTEUERUNGEN



- Die Steuerbescheide legen für jeden Ehepartner eine individuelle Jahressteuer fest.
- Davon wird die von jedem bereits geleistete Lohnsteuer abgezogen.
- Der Restbetrag wird im einzelnen Steuerbescheid festgesetzt.

WEITERE FOLGEN DER STRIKTEN EINZELVERANLAGUNG

Steuernachzahlungen?

NEIN

- Es kommt zu keiner Nachzahlung aufgrund der Löhne.
- Dies schließt Nachzahlungen aufgrund anderer Einkünfte allerdings nicht aus! (z.B. Einkünfte aus einer vermieteten Immobilie).

Vorauszahlungen (avances)?

NEIN

- Trimestrielle Vorauszahlungen werden nicht zum Abfedern einer Nachzahlung aufgrund der Löhne benötigt und werden ggf. gestoppt.
- Dies schließt Vorauszahlungen aufgrund anderer Einkünfte allerdings nicht aus! (z.B. Einkünfte aus einer vermieteten Immobilie).



Ein leidiges Problem erfährt eine Lösung!

WAS GESCHIEHT MIT DEN ZUM HAUSHALT GEHÖRENDE KIDERN?

- Beide Elternteile werden individuell in Klasse 1 besteuert; Klasse 1A kommt für keinen der beiden Elternteile in Frage.
- In der strikten Einzelveranlagung wird jedes Kind zur Hälfte



jedem der beiden Ehepartnern zugerechnet, was die Maximalbeträge von Abzügen anbelangt (z.B. Schuldzinsen vom Eigenheim, andere Schuldzinsen und Versicherungen, Bau-sparbeiträge).

- Ein Abschlag für außergewöhnliche Belastungen wird demjenigen Ehepartner gewährt, dem die Belastung obliegt.

BEISPIEL (Steuerjahr 2023):

- Eheleute M und F, 3 zum Haushalt gehörende Kinder K1, K2 und K3.
- M hatte vor seiner Hochzeit mit F allein ein Einfamilienhaus gekauft und ist alleiniger Schuldner des Hypothekendarlehens. Im Jahr 2023 wurden von der Bank 15.800 € an Zinsen berechnet. Seit dem 1. Mai 2022 bewohnt die Familie das Haus.

Einige Sonderausgaben der Eheleute M und F

- Lebensversicherung von F: 1.000 €
- Autohaftpflichtversicherung von M: 623 €
- Autohaftpflichtversicherung von F: 547 €
- Krankheitsfallversicherung von F: 1.569 €

M und F beantragen die strikte Einzelbesteuerung

STRIKTE EINZELVERANLAGUNGEN VON M UND F

Die Lösung des obigen Beispiels zur strikten Einzelveranlagung mit Umverteilung kann mithilfe dieses QR-Codes eingesehen werden.



ABSCHLIEßENDES BEISPIEL - GESAMTSTEUERLAST EINES EHEPAARS IM VERGLEICH - Steuerjahr 2024

Besteuerungsmodus	Besteuerung nach allgemeinem Recht			Alternative 1			Alternative 2		
	Zusammenveranlagung			Einzelveranlagung mit Umverteilung			Strikte Einzelveranlagung		
	Ehepartner M	Ehepartner F	Gesamt	Ehepartner M	Ehepartner F	Gesamt	Ehepartner M	Ehepartner F	Gesamt
Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit	66.000,00 €	79.000,00 €	145.000,00 €	66.000,00 €	79.000,00 €	145.000,00 €	66.000,00 €	79.000,00 €	
Abzugsfähige Schuldzinsen, gemeinsames Hypothekendarlehen	- 4.000,00 €	- 4.000,00 €	- 8.000,00 €	- 4.000,00 €	- 4.000,00 €	- 8.000,00 €	- 4.000,00 €	- 4.000,00 €	
Summe der Einkünfte	62.000,00 €	75.000,00 €	137.000,00 €	62.000,00 €	75.000,00 €	137.000,00 €	62.000,00 €	75.000,00 €	
Sonderausgaben									
Schuldzinsen, Kleinkredite und Versicherungen	500,00 €	1.500,00 €	1.344,00 €	500,00 €	1.500,00 €	1.344,00 €	500,00 €	672,00 €	
Obligatorische Sozialversicherungen	7.260,00 €	8.690,00 €	15.950,00 €	7.260,00 €	8.690,00 €	15.950,00 €	7.260,00 €	8.690,00 €	
Summe der Sonderausgaben			17.294,00 €			17.294,00 €	7.760,00 €	9.362,00 €	
Steuerpflichtiges Einkommen			119.706,00 €			119.706,00 €	54.240,00 €	65.638,00 €	
Außerberuflicher Abschlag			- 4.500,00 €			- 4.500,00 €	- 2.250,00 €	- 2.250,00 €	
Ajustiertes steuerpflichtiges Einkommen			115.206,00 €			115.206,00 €	51.990,00 €	63.388,00 €	
Steuer laut Tabelle, Arbeitslosenfonds inbegriffen, Klasse 2			23.488,00 €	Umverteilung 50 %/50 %					
				57.603,00 €	57.603,00 €				
Steuer laut Tabelle, Arbeitslosenfonds inbegriffen, Klasse 1				11.744,00 €	11.744,00 €	23.488,00 €			
Steuer laut Tabelle, Arbeitslosenfonds inbegriffen, Klasse 1							9.386,00 €	14.143,00 €	23.529,00 €



BHW Bausparkasse AG Luxemburg

Eigenheimfinanzierung durch Bausparen mit Vorfinanzierung beim CGFP-Partner BHW

16, rue Érasme • L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info-lux@bhw.lu • www.bhw.lu



Absicherung der Familie im Todes- oder Invaliditätsfall durch eine günstige Restschuldversicherung bei CGFP-Assurances

18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg-Kirchberg
@ info@cgfp-assurances.lu • ☎ 27 04 28 01



Der größte Coup, den unser Staat je landete

Ein nationales Projekt, gesichert durch engagierte Staatsdiener

Die schwierige wirtschaftliche Lage des Landes verleitete Staatsminister Pierre Werner Anfang der 1980er-Jahre zu einer verwegenen Idee, die ihm für die Zukunft Luxemburgs als unverzichtbar erschien. Dabei nahm er außer einem soliden innenpolitischen Streit vor allem ein jahrelanges Zerwürfnis mit Frankreich in Kauf. Die „Grande Nation“ wollte Luxemburg nämlich daran hindern, seinen Wirtschaftsstandort in den Weltraum hinein auszudehnen. Werners Nachfolger, Staatsminister Jacques Santer, belebte das in Schwierigkeiten geratene Projekt eines luxemburgischen Fernsehsatelliten, indem er extreme Risiken für die Staatsfinanzen einging.

Weder vorher noch nachher wurden von der öffentlichen Hand 7,5 % der jährlichen Budgetausgaben bzw. 2,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zugunsten eines einzelnen Start-up-Unternehmens riskiert. Als im Dezember 1988 der erste Satellit ASTRA 1A in Kourou im südamerikanischen Guyana mit einem riesigen Feuerschweif gegen Himmel donnerte, konnte ihn der damalige Erbgroßherzog Henri seinen Landsleuten zurecht als „de neie Feierwon“ vorstellen.

Eine hochrentable Investition in die Zukunft

Während des Aufbaus des Satellitensystems investierten die Spuerkeess und die SNCI eine Milliarde Luxemburger Franken (umgerechnet 25 Millionen Euro) in eine staatliche Kapitalbeteiligung von 20 % an der *Société Européenne des Satellites*. Dieser Einsatz brachte ihnen das 30-Fache an Gewinnen ein. Bei der SNCI, die derzeit Hunderte von Millionen Euro über Venture-Capital-Fonds in Weltraum-, ICT- und andere Startups investiert, stammen übrigens 60 % der seit 1990 erzielten Jahresgewinne aus SES-Dividenden und -Veräußerungserträgen.

Seit 34 Jahren schüttet das Betzdorfer Unternehmen jährlich einen Teil seiner Gewinne aus. Zu Beginn erhielt das Schatzamt zudem eine hohe Konzessionsabgabe für die zur Verfügung gestellten Sendefrequenzen im Orbit. Doch 2001 tauschte der Staat seine diesbezüglichen künftigen Erträge gegen eine Kapitalbeteiligung an der SES von ca. 7 % ein. Seither hat diese ihm gut 500 Millionen Euro an Dividenden eingebracht, während die beiden Staatsbanken ihrerseits bisher zusammen rund anderthalb Milliarden Euro kassiert haben.

Zusammen mit seinen Banken besitzt der Staat weiterhin 22 % des SES-Kapitals. Außer den Gebühren, Dividenden oder Körperschafts- und Einkommenssteuern der letzten 35 Jahre zog unser Land vor allem auch hohen volkswirtschaftlichen Nutzen aus diesem globalen Vorzeigunternehmen, das nach wie vor robust hier verankert ist und einen starken Hebel für unsere künftigen Weltraumpläne darstellt. Spätestens als die SES ab

dem Jahr 2000 massiv in den USA tätig wurde, geriet Luxemburg als unternehmensfreundlicher, attraktiver Standort für internationale Hightech-Tätigkeiten auf die Radarschirme amerikanischer und weltweiter Investoren sowie Pioniere.

Eine globale und strategische Infrastruktur

Als damals in Kourou der heutige Großherzog den ersten ASTRA-Satelliten als „neie Feierwon“ bezeichnete, vergleichbar mit der ersten Eisenbahn Mitte des 19. Jahrhunderts, war diese Parallele sehr zutreffend. Wie einst die Investitionen in die Schienen die spätere Industrialisierung des Landes ermöglicht hatten, begann 1988 Luxemburgs Einstieg in die Welt der ICT-Dienstleistungen, die maßgeblich zum Aufschwung unserer Wirtschaft beitrugen. Denn unseren ersten Platz im weltweiten Ranking des BIP pro Kopf haben wir ja nicht per Zufall erreicht.

Doch in jüngster Zeit ging der SES der Atem aus. Reduzierte Dividenden, ein bedauerlicher Personalabbau und ein enttäuschender Börsenkurs waren die Folgen. Über 20 Jahre war die SES die weltweite Nr. 1 in der Satellitenkommunikation, bevor sie 2022 durch die Starlink-Konstellation der LEO-Satelliten des Milliardärs Elon Musk umsatzmäßig übertroffen wurde. Sie muss nun entschlossen reagieren.

Zurzeit schluckt sie die 20 Jahre ältere INTELSAT, die in den 1960er-Jahren als allererster Betreiber von Fernmeldesatelliten auftrat. Der Deal beträgt 2,8 Milliarden Euro. Mit dieser Übernahme verdoppelt die SES ihren Umsatz und ihr Weltraumarsenal. Zudem beweist sie, dass sie kein Auslaufmodell ist. Dies würde nämlich Luxemburg mit seinen ehrgeizigen Weltraum-Ambitionen nicht arrangieren.

Des Weiteren stellt sich die SES jetzt an die Spitze des Konsortiums SpaceRISE, das ab 2030 die europäische Multiorbit-Satellitenkonstellation IRIS² betreiben wird. Dieser Schritt kostet über zehn Milliarden Euro, wobei die EU und die Weltraumagentur ESA mehr als sechs Milliarden beisteuern. Dabei wird Luxemburgs Spitzenposition unter den Weltraumnationen Europas langfristig gesichert. Eine der drei Bodenstationen von IRIS² wird übrigens auf einem staatlichen Grundstück in Bettemburg errichtet.

Doch vor über 40 Jahren erlebte Luxemburg mit der *Société Européenne des Satellites* und der ASTRA-Flotte eine echte Schweregeburt, wenngleich das Unternehmen sofort nach dem Sendebeginn ihres ersten Satelliten im Februar 1989 hochrentabel war und schnell ein enormes Wachstum verzeichnete.

Die hochrentable Rundfunktradition

Jahrzehnte zuvor war in den USA und in der damaligen UdSSR der Drang den Weltraum zu erobern aus geopolitischer Rivalität oder industriellen Überlegun-

gen entstanden. Auch in Luxemburg wurde der Staat zur treibenden Kraft, weil er unsere Volkswirtschaft durch die internationale Ausstrahlung von Fernsehprogrammen – damals ein schnell expandierendes Geschäft – diversifizieren und verstärken wollte

Während 50 Jahren hatte die Medien-gruppe CLT mit ihren grenzüberschreitenden RTL-Radioprogrammen enorme Gewinne erzielt, vor allem in Großbritannien, Frankreich und Deutschland, und nach dem Zusammenbruch der Stahlbranche Mitte der 1970-er Jahre wurde sie zum größten Steuerzahler. 1982 erreichte ihr Umsatz 8,3 Milliarden Franken (umgerechnet 205 Millionen Euro), zu 98 % im Ausland erwirtschaftet durch ein Unternehmen, das zu 99 % Ausländern gehörte.

1982 betrug der CLT-Reingewinn vor Steuern 2,9 Milliarden Franken (73 Millionen Euro). Davon gingen 63 % an den luxemburgischen Staat, wonach den Aktionären dennoch auf ihrem Kapital eine Rendite von 46 % verblieb. Nun aber drohte dem Radiogeschäft ein rapides Ende, weil die von Luxemburg aus nutzbaren Frequenzen technisch obsolet

wurden. Gleichzeitig gab es einen rapiden Aufschwung des neuen Unterhaltungs- und Informationsmediums Fernsehen.

Bei diesem aber deckte eine terrestrische Ausstrahlung per Sendemast nur das direkte Grenzgebiet ab, sodass die einzige Chance für den Erhalt des hochrentablen Rundfunkmetiers in der neuen, noch nicht erprobten Technik des TV-Direktempfangs über geostationäre Satelliten bestand. Regierung und Parlament verlangten vom CLT-Konzessionär eine schnelle Investition im Weltall. Der französische Staat, der über eine indirekte Beteiligung im CLT-Aktionariat eine Sperrminorität besaß, verhinderte jedoch das geplante Satellitensystem LUXSAT.

Ein Angriff auf unsere Souveränität

Die Pariser RTL-Radioprogramme hatten sich stets einer französischen politischen Kontrolle widersetzt, und deswegen wollte Frankreich flächendeckendes RTL-Fernsehen nur nach den dortigen Regeln zulassen. So entstand ein enormer diplomatischer Streit („la guerre des satellites télé“) und auch eine

Le nouveau projet luxembourgeois embarrasse la France

L'avenir du satellite TDF 1 LE GOUVERNEMENT LUXEMBOURGEOIS FAIT PRESSION SUR LA FRANCE

LE LUXEMBOURG DECLENCHE LA GUERRE DES SATELLITES TELE

LA GUERRE DES SATELLITES EST COMMENCÉE

SATELLITE TV : LA FRANCE VA-T-ELLE BALAYER LE LUXEMBOURG ?

Les projets de satellites de télévision LA FRANCE ISOLÉE VENDREDI, FRANÇAIS ET LUXEMBOURGEOIS ESSAIERONT UNE NOUVELLE FOIS DE RÉGLER LEURS DIFFÉREND.

Schlagzeilen zum heftigen Krieg der Fernsehsatelliten, aus dem Frankreich nicht als Sieger hervorging

heftige Wahlkampf-Auseinandersetzung in Luxemburg.

Um künftiges RTL-Fernsehen unter ihre Aufsicht zu bringen, bot die Pariser Regierung der CLT einen Platz auf einem französischen Satelliten an, eine für die ausländischen Aktionäre preisgünstige und wenig riskante Lösung, aber mit einer für den Standort Luxemburg fatalen De-lokalisierung. Dabei ließen sich auch die RTL-Redaktionen, damals noch mit einem absoluten Radio- und Fernsehmonopol versehen, manipulieren und als Wahlkämpfer missbrauchen. Ein vom OGBL mitgetragener Protest vor der Abgeordnetenkammer zielte ebenfalls auf das Verhindern eines eigenen luxemburgischen Satellitensystems ab.

Luxemburgs Weltraumpläne wurden gerettet, indem die Regierung die CLT-Blockade mit einem Rückgriff auf andere Investoren und auf amerikanische Technologie umging. Unser Botschafter in Washington, Adrien Meisch (übrigens ein treues CGFP-Mitglied bis zu seinem Tod im Jahr 2020), vermittelte den US-Weltraumfachmann Clay Whitehead, der ein gänzlich neues Konzept vorschlug. Vorgesehen war ein „medium power“-Satellit für 16 direkt empfangbare TV-Programme und das Ko-Positionieren mehrerer Satelliten auf der gleichen Weltraumposition.

Angekündigt war somit, dass man europaweit über kleine, preisgünstige Individualantennen demnächst Dutzende und bald sogar Hunderte von TV-Kanälen empfangen könnte. Diese „disruptive“ Perspektive drohte den Fernsehmarkt aufzumischen und später wohl auch noch den Telekommunikationsmarkt. Deswegen entstand nun eine mächtige gesamteuropäische Abwehrallianz aller öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten und Postmonopole.

Letztere erklärten über ihr Konsortium EUTELSAT den Empfang künftiger ASTRA-Signale als europaweit unrechtmäßig und illegal. In der Tat verstieß unser Plan in allen Zielländern Europas offen gegen unzählige Einschränkungen und Verbote, die aber einem veralteten protektionistischen und monopolistischen Denken entstammten, das wir infrage stellten. Mit Erfolg, wie sich zeigen sollte.

Eine mutige politische Entscheidung

Dass diese Kontroverse in der europäischen Presse ständig neu aufflammte, trug nicht dazu bei, eventuelle Geldgeber vom finanziellen Erfolg hoher Investitionen zu überzeugen. Trotz seines brillanten Konzepts scheiterte der amerikanische Promotor schnell bei der notwendigen Finanzierung.

Alle Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung beseitigte jedoch Staatsminister Jacques Santer mit der Zusage einer staatlichen Beteiligung von 20 % über die Spuerkeess und die SNCI und mit einer Staatsgarantie für die Kreditfinanzierung der Hälfte der Entwicklungskosten. Santers Mitarbeiter erreichten, dass am 1. März 1985 neun Privataktionäre gemeinsam mit den zwei Staatsbanken die *Société Européenne des Satellites* gründeten. Das Kapital betrug 337,5 Millionen Franken (8,4 Millionen Euro).

Das neue Unternehmen studierte die Machbarkeit des acht bis zehn Milliarden Franken (200 bis 250 Millionen Euro) teuren Projekts, und schon sechs Monate später wurde die Verwirklichung mit dem Erwerb eines im Bau befindlichen Satelliten und der Buchung eines Ariane-Raketensflugs in Angriff genommen. Bald war das ASTRA-Konzept europaweit bekannt.

Weniger als vier Jahre später stand ASTRA 1A im Weltraumbahnhof Kourou im südamerikanischen Urwald startbereit. Wegen einer hohen Kundennachfrage an Übertragungskapazität befand sich ASTRA 1B nun schon im Bau.

Luxemburg als Zielscheibe vieler Angriffe

Inzwischen aber hatte es enorme diplomatisch-politische Auseinandersetzungen gegeben mit vielen Herausforderungen für Politik und Verwaltung. Die Beamten unserer damaligen Postverwaltung konnten die erforderlichen Sendefrequenzen bei der Internationalen Fernmeldeunion in Genf registrieren. In Luxemburg aber kündigte die CLT Gerichtsklagen wegen der Verletzung ihrer angeblichen Exklusivrechte an, doch der Staatsrat unterstützte die Haltung der Regierung und die Argumentation ihrer Beamten.

Europaweit regte das ASTRA-Vorhaben die öffentlichen TV-Programmbetreiber und die sie kontrollierenden Kultur- und Medienministerien auf. Auch die staatlichen Telekom-Monopole beschlossen Boykottmaßnahmen, und die enorm teuren deutsch-französischen Satellitenprojekte endeten später dennoch in einem Misserfolg, während ASTRA triumphierte.

Allerseits prügelte man auf Luxemburg ein. Unsere Diplomaten und vor allem das Staatsministerium mussten ständig neue Angriffe abwehren. Die Regierung präsentierte Rechtsgutachten internationaler Experten des Telekommunikations- und Weltraumrechts, um die Legitimität unseres Vorgehens und die juristische Unhaltbarkeit des vorherrschenden Protektionismus zu belegen. Zum freien Fluss der Informationen in Europa mussten Prozesse angestrengt und gewonnen werden.

An der Seite der SES und ihrer Aktionäre lieferte unser öffentlicher Dienst einen jahrelangen Kampf, wobei nun Unterstützung von jenen europäischen Unternehmen kam, die sehnlichst auf Satellitenfernsehen warteten, da sie zusätzliche Programme ausstrahlen bzw. produzieren wollten oder darauf bedacht waren, Antennen, Empfangselektronik und neue Geräte zu liefern und zu installieren.

Die Inbetriebnahme der ASTRA-Flotte erlitt eine 18-monatige Verzögerung, weil es nach schweren Raketunfällen (mit unter anderem sieben toten NASA-Astronauten) vorübergehend keine Flugmöglichkeiten mehr gab. Eine üble Überraschung waren auch stark verteuerte Versicherungsprämien, die auf 20 % des Risikos stiegen.

Luxemburgs Fernsehmonopol im All

Mitte 1988 war der Kampf entschieden. Die britische Sky Television-Gruppe mietete für rund sieben Milliarden Franken ein Viertel der ASTRA 1A-Kapazität mit einem 10-Jahres-Mietvertrag bei integraler Vorauszahlung. Dadurch waren nun bereits 85 % der Projektkosten in Höhe von 8,5 Milliarden beglichen.

Nach dem erfolgreichen Start ins All im Dezember 1988 ging das System am 1. Februar 1989 in Betrieb und war schnell ausgebucht. Schon 1989 erwirtschaftete das Unternehmen einen Gewinn und im Frühjahr 1990 wurden die ersten Dividenden ausgezahlt. Luxemburg dominierte mit einem Schlag den europäischen TV-Himmel, und die Warteschlange künftiger Mieter verlängerte sich ständig. Zur schnellen Ausweitung der ASTRA-Flotte sicherten die staatlichen Dienste weitere Orbitalfrequenzen. Sie waren Luxemburgs neuer Rohstoff im Kommunikationszeitalter.

1998 empfingen 75 Millionen ASTRA-Haushalte 372 Fernseh- und 313 Radioprogramme, die über sieben Satelliten auf der Position 19,2° Ost für Kontinentaleuropa und zwei Satelliten auf 28,2° Ost für die englischsprachigen Kunden angeboten wurden. Mit 276 Mitarbeitern erzielte die SES einen Umsatz von 21 Milliarden Franken (518 Millio-

nen Euro) und einen Gewinn von sieben Milliarden Franken (176 Millionen Euro).

Feindliche Übernahmeversuche

Kaum war der kommerzielle und finanzielle Erfolg offensichtlich, befand sich das Unternehmen bereits im Fadenkreuz gieriger Finanzjäger (*siehe untenstehenden Kasten*). Diese Möglichkeit war schon vor der Gesellschaftsgründung erkannt worden.

Aus der üblen CLT-Erfahrung hatte die Regierung die Lehren gezogen. Sie erteilte ihren zuständigen Mitarbeitern den Auftrag, unbedingt zu verhindern, dass das Unternehmen später Opfer irgendeiner feindlichen Übernahme werden könnte, und dies in allen erdenklichen Fällen. Dazu dienten die Bestimmungen des Konzessionsvertrags und seines Lastenhefts sowie die Präsenz eines Regierungskommissars, aber vor allem auch eine kluge und rigorose Strukturierung des Aktionariats.

Mit Hinweis auf die hohe Staatsgarantie verlangte die Regierung ein Übergewicht der öffentlichen Hand bei den Stimmrechten in der Aktionärsversammlung. So brachte eine Kapitaleinlage von 20 % den beiden Staatsbanken 33,33 % der Stimmen und somit ein Vetorecht bei wichtigen strukturellen und strategischen Entscheidungen, welche eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Auch der Erwerb hoher Kapitalanteile wurde einer Zustimmung der Regierung unterworfen.

Ohne diese Bestimmungen wäre die SES dem Land längst verloren gegangen. Doch wurde damals robuste Arbeit geliefert: Zweimal konnte Staatsminister Jacques Santer feindliche Übernahmen verhindern, ohne dass diese Krisen publik geworden wären und dem Unternehmen geschadet hätten.

Luxemburgs „Global Player“

Nach regulatorischen Veränderungen in Europa konnte das ASTRA-System spä-

ter ebenfalls Fernmeldedienste anbieten. Seit 1998 an der Börse notiert, breitete die SES vor allem aber ihre Tätigkeiten weltweit aus. Sie kaufte kleinere Satellitenbetreiber in Asien, Skandinavien, Brasilien, Kanada, Mexiko und den Niederlanden und übernahm vor allem 2001 das US-Unternehmen GE Americom, wodurch sich ihre Flotte von 29 auf 42 Satelliten erhöhte.

Neben ihren geostationären Satelliten nutzt die SES seit 2014 auch am Firmament vorüberziehende Satelliten auf einer „mittleren“ Umlaufbahn. Bei den neuen LEO-Satelliten auf „niedrigerer“ Umlaufbahn hingegen, die jetzt wegen Elon Musk in aller Munde sind, zeigte sich die SES wegen der bisher zweifelhaften Rentabilität solcher Megakonstellationen vorsichtig.

Seit Jahren aber stagniert das SES-Geschäft trotz einer stark wachsenden Weltraumwirtschaft, vor allem weil die sehr rentable Fernsehausstrahlung – lange Zeit ihr Hauptgeschäft – jetzt deutlich schrumpft. So krempelt die SES ihr Geschäftsmodell um, nicht zuletzt mit einem Ausbau der Dienstleistungen für mobile Kunden in der Schifffahrt und im Flugwesen, insbesondere aber auch für staatlichen, militärischen sowie zivilen Bedarf.

Dazu gehören, wie vorhin schon erwähnt, die Übernahme des langjährigen Rivalen INTELSAT für 2,8 Milliarden Euro, und die maßgebliche Teilnahme, mit Investitionen von 1,8 Milliarden Euro, an IRIS², dem großen europäischen, öffentlich/privaten Weltraumprojekt der EU und der ESA im Konsortium SpaceRISE.

Vor allem will die SES künftig technologische Novitäten schneller in ihre Satellitenflotten einbauen, weswegen sie sich mit klugen Start-ups verbündet, was für die ehrgeizige luxemburgische Weltraumstrategie vielversprechend ist.

Paul Zimmer



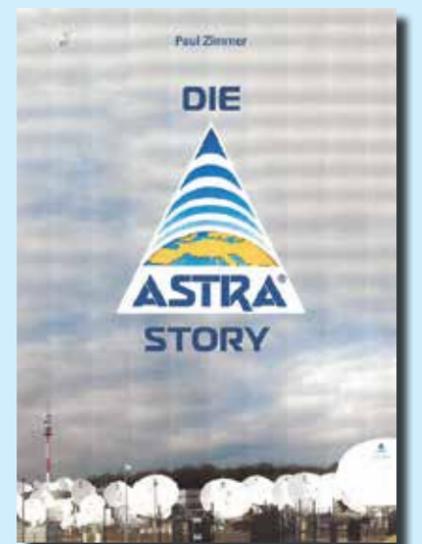
Heftiges und Heikles

Der langjährige „fonction publique“-Mitarbeiter Paul Zimmer, der bis Ende 1992 der erste SES-Regierungskommissar war, hat das in diesem Artikel zusammengefasste Kapitel unserer Wirtschaftsgeschichte eingehend recherchiert und es in seiner „ASTRA-Story“ dokumentiert, einem Buch mit über 240 Seiten Text und 80 Seiten Illustration, das dank der Unterstützung der CGFP-nahen „Fondation de la Fonction publique“ veröffentlicht wird. Mit vielen Namen, Daten, und Zahlen, aber auch mit teils noch nie veröffentlichten Fakten, mit Anekdoten und mit der Entlarvung etlicher Legenden.

Praktisch unbekannt blieb bisher, dass sich frühzeitig ein Mitglied der unlängst gestürzten syrischen Machthaber-Familie Al Assad unbemerkt in das SES-Aktionariat einschleichen konnte. Ebenfalls im Buch erwähnt wird, dass sich die französische, staatliche Aérospatiale-Gruppe (Airbus, Arianespace, Concorde, Eurocopter) die SES nach dem ASTRA-Erfolg einverleiben wollte. Kurz darauf gab es einen zweiten feindlichen Übernahmeversuch im Rahmen einer Verschwörung der Medien-Tycoons Silvio Berlusconi, Rupert Murdoch und Leo Kirch. In beiden Fällen hätte der

Standort Luxemburg das Nachsehen gehabt; zweimal griff Staatsminister Jacques Santer entscheidend ein, unangeregt aber sehr energisch.

Die „ASTRA-Story“ wird Ende Februar bei den Editions Schortgen erscheinen und kann ab sofort zum Preis von 26 Euro vorbestellt werden. Die Bestellung erfolgt per Überweisung auf das BIL-Konto LU05 0029 1706 5387 3600 mit präziser Adressangabe und dem Vermerk „Die ASTRA-Story“ oder online unter www.schortgen.lu.





Glécklech an zefridden ?

- Salut Fern! An, wéi geet et, alles am Gréngen?

- Moien Heng ! Ma gutt, a bei dir?

- Alles paletti, mir si just aus der Vakanz erëm!

- A wou waart der dann?

- Op Mallorca, wéi ëmmer, all inklusiv.

- Ass et dann dëse Summer do net e bëssen ze waarm gewiescht? Ech hunn héieren se hätten nawell vill Problemer mam Waasser dohannen.

- Net nëmme mam Waasser. Anscheinend gëtt et och deen décken Zoff mat de Wunnengen. D'Leit kënnen sech den eegenen Daach iwwert dem Kapp net méi leeschten, well alles fir Fantasiepräisser un d'Touriste verloungt gëtt.

- Jo, d'Präisser sinn iwwerall reegelrecht explodéiert! Ech war deslescht mat der Fra an de Kanner am Restaurant a wéi dunnt d'Rechnung koom, do hunn ech mer direkt nach en Digestif gefrot, fir déi gepeffert Wachs ze verdauen.

- Also op Mallorca war et och net méi wéi fréier. Bei eis waren d'lessen an d'Gedrénks jo zwar am Präis mat dran, mee wat s de dofir zerwéiert krus, war net grad faméis a wann s d'epes anescht wollts, da gouf et en zolitten Oppräis. An op der Plage do hunn se der d'Aen aus dem Kapp gefrot, wann s d'e Präbbeli an e Ligestull wollts. Dobäi war et esou waarm, datt een et souguer am Schied bal net ausgehal huet.

- Mir sinn dëst Joer mat der Heibleifskärchen an d'Vakanz gefuer. Dat war fir

d'éischt zënter op d'mannst zwanzeg Joer, datt mer iwwert d'Summerlach net duerch d'Ausland gefatzt sinn. An ech muss soen, dat war eng richtig flott Erfahrung. Bon, am Ufank hunn d'Bierger an d'Mier eis schon e bësse gefeelt. An d'Wieder heiheem war och alt sou lala, mee wéi soen se: et gëtt kee schlecht Wieder, just dat falscht Gezei. Op alle Fall ass d'Zäit eis net laang ginn, mir sinn hott an har duerch d'Ländche gerullt an hu vill nei Plazen entdeckt.

De Kuch gëtt net mi grouss

- Also wann deen internationalen Hypertourismus sech esou weiderentwéckelt, dann ass dat mat der Vakanz doheem och fir eis eng Alternativ. Déi meeschte klassesch Reesdestinatiounen sinn an de leschte Jore während de Summerméint därmoossen iwwerlaf, datt ee vu lauter Leit kaum nach eppes ze gesi kritt. Stied wéi Venedeg, Florenz oder Paräis a Barcelona sinn déi Zäit einfach onméiglech, an op de Plage vun der Côte d'Azur fënns de kaum nach eng Plaz wou s de däin Duch kanns hileeën, wann s de dann iwwerhaupt d'Chance has, eng Parkplaz an der Géigend ze fannen.

- Säit mer aus deem Corona-Schlamassel eraus sinn, huet een d'Impressioun, datt d'Leit wéi benzeg op d'Veerreise sinn. Wann ee soss mol spontan e puer Deeg fort wollt, da war dat meeschtens guer kee Problem. Haut muss de scho mat Zäit u si fir eng Plaz ze fannen. Spontan geet do sou gutt wéi näischt méi. Wann s de

iergendwou wëlls ënnerdaach kommen, da muss de ëmmer méi laang am Viraus reservéieren.

- Dat gëllt awer net nëmme fir den Hotel oder de Fliger, déi meeschte Restaurants funktionéieren well genausou, a wann s de net wëlls en hallwen Dag an der Schlaang stoen, da reservéieren de gefällegst och fir sämtlech kulturell Visitten.

- Ma dat sees de gutt; mir waren och net schlecht erféiert, wéi se eis bei den Uffizien ëmgedréint hate, well mer keen Ticket iwwer Internet bestallt haten. E Joer virdrun haten se no zwou Stonnen an der Rei stoe fir bei d'Alhambra ze kommen, einfach d'Kees zougemaach well fir de Rescht vum Dag de Maximum u Visiteuren erreecht war.

- Jo, wéi sot deslescht eng Vendeuse mer am Kleedergeschäft, wéi ech vun hier wollt wëssen, ob se och Gezei hätten, dat net a China produzéiert gouf : „Et gëtt halt eben ze vill Mënschen op der Welt!“. Vun deene wëll jidderee säi Stéck vum Kuch a wa méiglech en anstännegt. Dofir lafe jo och d'Flughäfen, d'Garen an d'Autobunnen, besonnesch an de Vakanzzeiten, reegelrecht iwwer. Egal wéi vill bäi- an ëmgebaut gëtt, et geet einfach ni duer, well anscheinend ëmmer méi Leit genau dohinner reese wëllen, wou och déi aner grad hiwollten.

Wat ee brauch a wat een huet

- Huet d'Madame der da schlussendlech eppes verkaaft, wat net an Ostasie fabrizéiert gouf?

- Ma no laangem Sichen hat se mer aus engem hënneschten Eck eng Jacqueline eraus geféicht, déi laut Etiquette an der Türkei gestréckt gouf. Mee d'Faarf hat mer net gefall an de Modell huet ausgesin, wéi virum leschte Krich. Ech si schlussendlech mat eidelen Hänn aus dem Geschäft gaang. Am Fong hunn ech och net wierklech eppes Neits gebraucht, de Kleederschaf doheem ass gutt geféelt, a fir all Stéck wat derbäi kënn, misst eigentlech en aalt verschwannen. Gezei hunn ech méi wi genuch!

- Do bass du net deen Eenzegen. Bei eis doheem sinn net nëmme d'Kleederschief iwwerféllt. An iergendenger Zäitschréft hunn ech mol gelies, datt eng Fra déi net op d'mannst 30 Puer Schung hätt, sech selwer net respektéiere géif. Abee, ech hunn dorobber heemlech nogezielt an ech kann der verrodde, datt et den Damme bei mir am Stot net um néidege Respekt feelt.

- Also wann d'Selbstwäertgefill an de géigesäitege Respekt sech un der Zuel vun de Kleedungsstécker a Schung moossen, déi deen eenzelne sech ugeschaaft huet, da kann ech verstoen, firwat esou vill där Geschäfte iwwerall wéi Pilzen aus dem Buedem schéissen.

- Ech denken, datt dat net just fir d'Gezei zielt. Kuck dach mol op de Stroossen, mat wat fir Gefierer mer haut duerch d'Landschaft juppelen! Dobäi brauch dach kee Mënsch en Auto vun zwou Tonne mat iwwer dräihonnert Päerd, fir all Dag am Stau ze stoen.

- Genausou wéineg, wéi een eng Kollektioun vu Luxusaueren, e Boxspringbett vu méi wi zwanzegtausend Euro oder souguer eng zweet an drétt Wunneng muss hunn. Haaptsaach et gëtt ëmmer weider produzéiert an de Konsument kritt dauernd nei Kaf-Iddien an de Kapp getriichtert. Da bleift deen och schéi brav a sengem Hamsterrad an hält ni op, sech ëmmer nei Saachen ze wënschen no deenen ee striewe kann.

Um falsche Wee

- Sou geet et awer nach laang net jidderengem. Ech kennen der, déi elle struwele mussen, fir um Enn vum Mount sou just iwwert d'Ronnen ze kommen an déi hu keng eege Wunneng, keen iwwerdeiert Bettgeschier a scho guer keng Luxuslimousine.

Och bei eis am Ländche geet d'Fourchette zimmlech wäit auserneen. Mee ech hunn d'Impressioun, ob räich oder aarm, si mer an eiser Gesellschaft iergendwéi alleguer mat der Juegd no eppes beschäftegt, wat mer einfach ni erreche kënnen. Wéi wann et net just drëms goe géif, ze kréie wat ee ganz einfach brauch, mee éischer em eng Aart permanent Sich nom Gléck, dat sech ëmmer iergendwou hannert deem ze verstoppe schéngt, wat een nach net huet.

- Hm, do rutschs de awer béis an dat Philosophesch eran, oder si mer elo iere scho bei der Relioun ukomm?

- Weess de, Heng, ech si mer an der Lescht net méi sou ganz sécher em wat et an eise Mäckeliewe letztendlech geet. Net datt ech dat iergendwéini gewosst an ënnerwee rëm vergiess hätt. Ech hu mer einfach ni all ze vill Gedanken iwwert déi metaphysesche Welt gemaach. Mat deem, wat ech mam Beruff an der Famill um Bockel hat, blouf am Fong och keng Zäit fir esou Iwwerleeungen.

Mee elo, mat all deene Krisen uechtert d'Welt an den ëmmer méi bedroleche Kassandrarriff och bei eis am Ländchen, do



stellen ech mer sou lues d'Fro, ob mer net scho mi laang um falschen Dampf sinn.

- Mat deem Verdacht bass de net eleng! Déi allgemeng Endzäitstimmung mécht sech dach schonn zënter Joren an de Medie breet. An iwverall kriss d'e schlecht Gewesse gemaach. Ob s de Fleesch ëss, mam Auto fiers, an d'Vakanz flitts oder doheem deng Heizung uméchs : Als Konsument bass de Schold un all Misär vun dëser Welt!

Heiansdo hunn ech d'Impressioun, datt ech eleng schonn am Feeler sinn, well ech iwverhaapt nach liewen. Dobäi hunn se viru kuerzem um Radio gesot, datt et nach ni esouvill Milliardären uechtert d'Welt gouf an deenen hir Zuel souguer rasant no uewe schéisst. An awer gëtt dauernd mam moraleschen Zeigefanger op déi kleng Leit gewisen, well déi mat hirem Liewenswandel d'Ëmwelt futti maachen a fir de Klimawandel verantwortlech sinn.

- Jo, dat hunn ech och héieren. Anscheinend leien déi Superräich mat hirem Verméige méttlerweil schonn iwwert dem Budget vun engem Land wéi Däitschland!

Aus dem Gläichgewicht

Mee dat ass net dat, wat ech soe wollt. Ganz ofgesinn dovunner, datt wann d'Mënschheet an de leschten honnertfofzeg Joer de Gros vu Kuel, Pëtrol a Gas verbrannt huet, déi sech während Honnerte vu Milliounen Joren aus der Vegetation gebilt hunn, da geet dat éischter op d'Rechnung vun deem westlechen Zivilisationsmodell an net just op de Konto vun den „Happy few“, déi d'Saach einfach nach op eng absurd Spëtzt dreien. A wann elo d'Natur risquéiert, eis bei der Däiwel ze joen, well d'Klima an d'Ëmwelt verréckelt spillen, dann ass dat a mengen Ae, well mer et einfach ze wäit an ze bont gedriwwen hunn an ëmmer nach weidermaache, wéi wann et keng Grenzen a keng Limitte géif ginn.

Am Fong handelt et sech bei deem ganzen aktuelle Misär ëm e gestéiert Gläichgewicht!

- Lo méchs de awer selwer een op Katastroph a Weltënnegang! Den Défaitismus bréngt kee weider an esou schlëm geet et eis och rëm net!

- Neen, nee, verstéi mech net falsch, Heng! Ech well jo nëmme soen, datt mir alleguer en Deel vum Problem sinn. Op ville Plaze goufe Feeler gemaach, an et gëtt héich Zäit, aner Weeër anzuschloen. Dat ass a mengen Ae bei der Ekonomie an der Politik net anescht, wéi beim Klima: wann et an déi falsch Richtung geet, muss ee géigesteieren, soss kippt de ganze Buttek.

- A wat heescht dat dann elo am Kloertext?

- Ma genau sou, wéi mer ganz allgemeng vill méi ëmweltfrëndlech a klimaneutral misste liewen, wier et wichteg, datt mer och méi respektvoll a gerecht am Ëmgang matenee fuere géifen. Amplaz datt jiddere just ëmmer nëmme no sech kuckt, sollte mer eis mol méi fir d'Allgemengheet interesséieren an och fir déi aner asetzen.

- Dat kleng awer elo wierklech no der Moralpriedegt, ganz uewe vum héijen Altor erof! A wat huet dat da mat dengem Gläichgewicht ze dinn?

- Weess de Heng, ech denken, datt mer mat eisem Gesellschaftsmodell längst iwwert déi ursprüngelech Ziler eraus geschoss hunn. Während et besonnesch no de Krichszäite wichteg war, d'Industrie nees unzuekerbelen, Stied a Stéit rëm opzebauen an Aarbechtsplazen ze schafen, gëtt haut d'Produktioun a Bëlleglounlänner ausgelagert, vu wou mer ewell en Iwwerfluss importéieren an deem mer lues awer sécher erdrénken. Produzéiere just fir ze produzéieren a konsuméieren just fir ze konsuméieren, mécht



op Dauer keen zefridden a schafft ëmmer méi Problemer. An engem nohaltegen Equiliber kann eng Gemeinschaft nëmme funktionéieren, wann se selwer hierstellt, wat se brauch an net méi verbraucht, wéi se hierstelle kann oder nowiisst.

Dee schmuele Grad

- Ech fäerte ganz, deng Virstellung vun enger zukunftsorientierter Ekonomie passt net an d'Konzept vun der antizyklischer Finanzpolitik, déi eise Wuelfstand soll erhalen.

- Genau do läit jo de Problem! Fir datt déi nächst Generatiounen iwverhaapt eng Zukunftsperspektiv kënnen hunn, misste mer ganz rapid a warscheinlech och zimmlech rabiat en enger gudder Partie Stellschrauwen dréinen. Well dat awer ze ville Leit géif wéi doen, ass et schwéier, déi richteg Moosname géint deenen hir Interëten duerchzusetzen. Schliisslech wëllen d'Politiker, déi dat misste verantworten, och erëm gewielt ginn. Obwuel den urgenten Handlungsbedarf op ville Plaze längst erkannt ass, gëtt do, wou eigentlech mat Bagger a Kran misst geschafft ginn, nach ëmmer just mat Pince a Pipette operéiert.

- Bass de do net e bëssen ze streng mat eise Leit? Op ville Plaze gi jo awer Neel mat Käpp gemaach. Grad am Bauwiese leeën s'a leschter Zäit immens vill Wäert op ekologesch an nohaltech Entwécklung, an och bei de Liewensmëttel gëtt ëmmer méi Wäert op eng responsabel an ëmweltfrëndlech Produktioun geluecht.

- Dat sinn dach alles nëmme Drëpsen op e gliddege Steen! Bei de Schantercher, déi iwverall opsti, kann eng eenzel Nationalekonomie net vill bewierken; do ass souguer déi Europäesch Unioun nach eng Nummer ze kleng. Mee grad elo, wou all d'Natiounen un engem Strack missten zéien, driften se auserneen. Ofgrenzung, Populismus an Demagogie maachen sech breet an d'Autokraten hunn a ville Länner Héichkonjunktur.

- Ech mengen, datt et do ville Leit e bësse geet, wéi dem Fräsch am Dëppen, deen net mierkt, datt d'Waasser ganz lues ëmmer méi waarm gëtt, bis et op eemol kacht an en net méi erauskënt.

- Jo, dat trëfft et a mengen Aen nawell ganz gutt! Mee si mer net all an esou engem Dëppe gelant? An deene leschte Joerzëngte goufe mer vum technesche Fortschrëtt därmoosse verwinnt, datt mer warscheinlech vill ze spéit gemierkt hunn, wat de Luxus eis schlussendlech kascht.

- Weess de Fern, ech probéieren trotzdem d'Saachen e bësse méi optimisteschem zuegoen. Sou laang ech mat menger Famill gesond a monter an engem dréchenen Doheem ka wunnen, wou waarm a kaalt Waasser duerch d'Leitunge leeft, d'Heizung hiren Déngscht mécht an de Stroum eng Partie nätzlech Apparaten undreift, ass eigentlech alles an der Rei. A wann och menge Kanner esou e Liewe vergonnt ass, da sinn ech eigentlech scho méi wi zefridden.

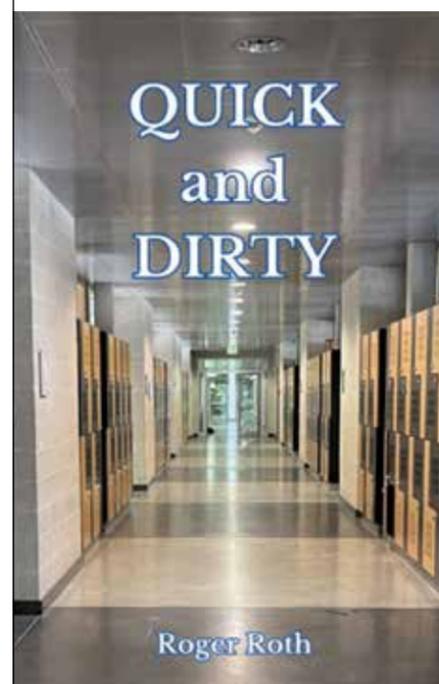
- Wa mer all esou bescheide wieren, dann hätte mer sécher eng gutt Partie manner Problemer op der Welt.

Mee wann ech mech richteg erënneren, has de virdru gesot, dir wiert grad vun enger „All-inklusive-Reese“ vu Mallorca erëmmkomm? Wéi déckt sech dat da mat deem einfache Familljeliewen doheem?

- Ma do geet et mer ebe genau sou wéi s de dat selwer mat „der Juegd no eppes wat mer einfach ni erreche kënnen“, beschriwwen hues: Op der Sich nom Gléck muss een alt heiansdo iwwert d'Grenze vun der Zefriddenheet erauslussen, well den Alldag se soss zerbrécht.

Roger Roth

E SPANNENDE GESELLSCHAFTSROMAN AN A RONDERËM D'SCHOUL



De Léi, deen nawell gären iwwert seng Funktioun als Lycéesdirekter erausschéisst, fir Detektiv ze spillen a sech dobäi d'Patte verbrennt...

D'Irène, dat als engagéiert Proff a Mamm einfach net méi averstanen ass mat der Roll, déi hir vu baussen diktiert gëtt...

Den Arnaud, deen als Bandchef, vun enger Katastroph an déi nächst geréit a schlussendlech net méi aus sengem Albdram erauskënt...

Aus dräi Erzielsträng, déi a knapp zéng Deeg ëmmer méi enk matenee verstréckt ginn, entwéckelt sech eng Geschicht aus där kee vun den Hauptpersonnen ongeschuer dervu kënt.

Éiergäiz, Gier, Angscht a Frustratioun, awer och Engagement, Frëndschaft a Léift kombinéieren sech ëmmer nees nei a gi lues a lues zu engem geféierleche Mix, deen eng ganz Communautéit a Gefor bréngt.

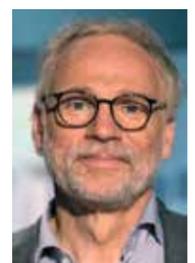
QUICK and DIRTY

Preis:
15 €

Sätzenuel: 346

Format: 12 x 20 cm

ISBN 978-99959-0-993-2



Als Täschebuch bei de Librairien Ernster, Diderich oder bei Amazon, do och als eBook



Frohes neues Jahr!



*Neues Jahr?
Neue Vorsätze!*



Machen Sie Ihr Zuhause zum Lieblingsort!

Für Ihre Projekte stehen über 140 Mitarbeiter bereit – mit Kreativität, Erfahrung und Leidenschaft für Handwerk und Design.

marwin.design.lu



Ihr Plan. Unser Know-how.

«mat zwee 'L' a mat zwee 'P' zu Jonglënster an op **Phillipps.lu**»

Malerarbeiten | Fassadenarbeiten | Wärmedämmung | Trockenbauarbeiten | Bodenbelagsarbeiten | Elektroinstallationen
Licht- & Spanndecken | Photovoltaik | Schreinerarbeiten | Fenster, Türen & Tore | Gardinen & Sonnenschutz | Garten- & Landschaftsarbeiten

Showroom | 7, rue de Godbrange L-6118 Junglinster | T. 42 64 95-1 | [f](#) [@](#)



MAISON DE SOINS
Résidence 5 étoiles

Wëllkomm bei Iech!

Eingebettet in eine ruhige und grüne Oase, unmittelbar am Naturschutzgebiet von Krauthem, liegt das Pflegeheim „Les Jardins d'Alysea“ nur 15 Minuten von Luxemburg-Stadt entfernt.

Behaglichkeit, eine zauberhafte Lage, hochwertige Dienstleistungen, Aktivitäten und Unterhaltung, vollendete Kochkunst und die Einhaltung strikter Hygienemaßnahmen sind hier Garantien für sorgloses Wohlbefinden!

VIEL MEHR ALS NUR EIN PFLEGEHEIM

„Les Jardins d'Alysea“ bietet in zwei modernen Gebäuden ein hohes Maß an Komfort sowie erstklassiger Pflege und Sicherheit für Dauer- oder Genesungsaufenthalte - dies alles unter Berücksichtigung der Intimsphäre und der privaten Vorlieben der Bewohner!



sichtigung der Intimsphäre und der privaten Vorlieben der Bewohner!

SICH „WIE ZUHAUSE“ FÜHLEN...

„Les Jardins d'Alysea“ verfügt über geräumige und behagliche Privatbereiche, gemütliche Gemeinschaftsräume, einen Pflanzengarten, eine einladende Terrasse und einen Wellnessbereich.

Für das leibliche Wohl stehen Restaurants und eine Cafeteria zur Verfügung, wobei das Angebot natürlich an die Ernährungspläne der Bewohner angepasst wird.

UMFASSENDE UND INDIVIDUELLE PFLEGE

Die Wohn- und Pflegestruktur eignet sich sowohl für gering pflegebedürftige Personen als auch für Menschen mit körperlichen Beschwerden, Personen mit Gedächtnisstörungen sowie für Alzheimer-Patienten oder Patienten mit ähnlichen Pathologien.

Ein spezialisiertes Team von Fachkräften aus dem Medizin- und Pflegebereich sorgt für umfassende Hilfe, Pflege und Unterstützung im Alltag, sowie für eine auf jeden Bewohner angepasste

Versorgung. Unterstützend gewährleisten Ärzte eine regelmäßige und individuelle medizinische Betreuung.

VORÜBERGEHENDE ODER DAUERHAFT AUFENTHALTE

„Les Jardins d'Alysea“ bietet eine große Auswahl an Unterkünften, die je nach Ihren Bedürfnissen oder Wünschen kurz-, mittel- oder langfristige Bedürfnisse abdecken. Wir bieten unter anderem Unterkünfte für Menschen an, die sich von einer Krankheit oder einer Operation erholen möchten. Interessierte können das Wohnheim auch im Rahmen einer „Découverte“ kennenlernen und sich von der Gastfreundschaft der Mitarbeiter, dem Service und dem Charme unseres Wohnheims begeistern lassen.



48, rue de Hellange
L-3327 Crauthem
Tel.: 27 12 93-1
welcome@alysea.lu
www.alysea.lu



brandmore



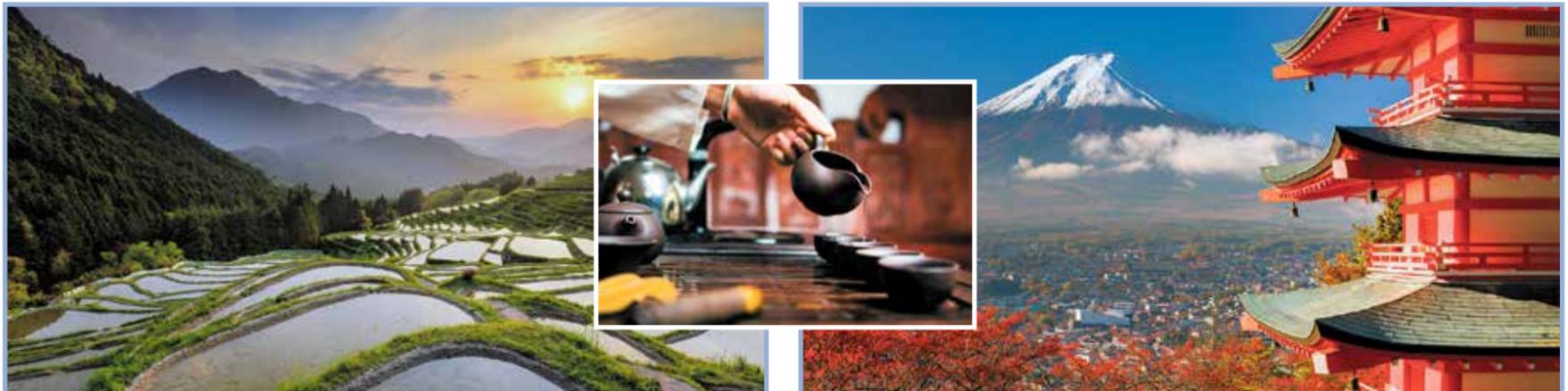
LUX VOYAGES



Studiosus

JAPAN!

EIN LAND ZWISCHEN TRADITION UND HIGHTECH
PERFEKT FÜR EINE UNVERGESSLICHE WELTAUSSTELLUNG!



Von Tokio über Kyoto und Nara bis hin zu Osaka – entdecken Sie die faszinierende Vielfalt Japans und tauchen Sie zugleich in die EXPO 2025 ein. Diese einzigartige Weltausstellung präsentiert zahlreiche Länderpavillons, darunter auch den innovativen „Doki Doki“-Pavillon Luxemburgs. Eine eindrucksvolle Symbiose aus Licht, Klang und Emotionen.

Reisepreis ab: 5.055 € pro Person im Doppelzimmer, inklusive

- 12 Tage
(04.05.-15.05. / 11.05.-22.05. / 18.05.-29.05. /
14.09.-25.09. / 21.09.-02.10. / 28.09.-09.10.)
- Bahnreise zum/vom Abflugsort in der 1. Klasse (Deutschland)
- Linienflug mit Lufthansa (Economy)
von München nach Tokio. Rückflug von Osaka
- alle Transfers im Reiseverlauf
- Bootsfahrt auf dem Ashi-See
- 10 Übernachtungen im Doppelzimmer, davon eine in einem Ryokan
- ein Abendessen mit japanischen Spezialitäten im Ryokan



LUX VOYAGES s.à r.l.

25-A, boulevard Royal
 L-2449 Luxembourg
 Tel.: 47 00 47 - 1
 info@luxvoyages.lu

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Studiosus-Reisen vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.





fonction
publique

SPÉCIAL MOBILITÉ

Vélo à assistance électrique : ce qu'il faut savoir avant l'achat



Plébiscité dans le cadre de la mobilité douce, le vélo à assistance électrique représente un investissement conséquent. Il est donc important de bien réfléchir avant de l'acheter. Voici quelques conseils...

Avec une entrée de gamme qui tourne aux alentours de 2.000 à 2.500 euros et des prix pouvant grimper de plusieurs centaines ou milliers d'euros en fonction de la qualité et des performances, un vélo électrique représente un investissement qu'il ne faut pas prendre à la légère. Surtout qu'il s'agit généralement d'un investissement à long terme. Avant de vous lancer, il est essentiel de prendre en considération plusieurs critères pour que votre achat soit le plus avantageux possible.

Vélo urbain, pliant, compact... ?

Similaires aux vélos conventionnels, les vélos électriques se subdivisent en plusieurs catégories : vélos de ville, de course, pliants, compacts, cargos, VTT ou VTC. Tous nécessitent d'être équipés en fonction de vos besoins spécifiques : sacoches, siège enfant, panier, etc. Les vélos pour femmes dépourvus de barre centrale peuvent convenir autant aux hommes

qu'aux femmes, car ils sont plus faciles à utiliser en cas d'arrêts fréquents (notamment en ville : feux rouges, courses, etc.) ou si vous transportez un enfant à l'arrière.

Un vélo d'occasion ? Oui, mais...

Acheter un vélo électrique d'occasion peut sembler être une bonne idée, mais il faut rester prudent. La principale réserve concerne l'état de la batterie. Si le vélo a été fréquemment utilisé, ses performances sont fortement diminuées. Le coût d'une batterie neuve s'élève à plusieurs centaines d'euros.

Des critères personnels et incontournables

Plusieurs critères personnels doivent guider votre choix. Parmi ceux-ci, il faut surtout prendre en compte :

- Le type de parcours que vous empruntez habituellement (longueur, relief, fréquence des haltes, trajet mixte, etc.) ;
- Votre posture préférée (relax, dynamique, sportive...)
- Vos besoins spécifiques en matière d'équipement (panier, siège enfant, gourde...)
- Votre design préféré ou vos marques de prédilection.

Un petit test avant l'achat est toujours bénéfique

Rien ne vaut un test en situation réelle. Les meilleures enseignes proposent des essais gratuits sous certaines conditions (dépôt d'une pièce d'identité, par exemple). Pendant le test, essayez tous les niveaux d'assistance, roulez aussi sans assistance, passez les vitesses, écoutez le bruit du moteur et manœuvrez le vélo pour voir s'il n'est pas trop encombrant. Démarrez en virage serré ou faites des demi-tours : le déclenchement de l'assistance ne doit pas vous déstabiliser. Pour juger l'efficacité du vélo, choisissez une côte assez raide. En l'escaladant, vous verrez si l'assistance est à la hauteur : en la descendant, vérifiez également si les freins sont satisfaisants. À l'arrêt, sortez la batterie de son emplacement et remettez-la en place pour vous assurer qu'elle est facile à manipuler.

bikebox

**PARCS
SÉCURISÉS
POUR VÉLOS
SERVICE
GRATUIT**

**+ DE 70
STATIONS
DONT + DE 65
À PROXIMITÉ
DES GARES
CFL**

**ACCÈS
ASSURÉ
7J/7 ET
24H/24**

bikebox

Inscrivez-vous



AUTO FESTIVAL 2025

For everyone **the right car**

Golf Life

1.5 TSI, 115 ch, 6 vitesses

PRIX NET 25.550 € TTC

Avantage cumulé 5.303 € TTC

ou

Offre Festival

181 € TTC / mois*

Offre PrivateLease. ~~206 € TTC / mois~~

Découvrez la nouvelle Golf, où innovation et performance se rencontrent !

À l'image de notre sprinteuse Patrizia Van der Weken, elle allie puissance, élégance et précision pour vous emmener plus loin.

Profitez des équipements du PACK SELECT inclus dans l'offre :

Jantes en alliage léger « York » - 8J x 18" - Noir/tournée brillante - Pneus 225/40 R 18 ; pack technique « Stationnement & Confort Pro » incluant : assistant aux manoeuvres de stationnement Park Assist Pro y compris système d'aide au stationnement, Car2X, système d'alarme antivol, système de fermeture et de démarrage sans clé « Keyless Access », avec safelock ; projecteurs à LED Plus ; et bien plus encore ...

Vous trouverez plus d'infos ainsi que la liste de tous les concessionnaires sur volkswagen.lu

Consommation moyenne Golf Life (WLTP) : 5,8 - 4,3 l/100 km. Émissions CO₂ : 132 - 118 g/km. Les valeurs de consommation et d'émission indiquées ont été déterminées selon les méthodes de mesure prescrites par la loi. Pour plus d'informations, voir volkswagen.lu ou contactez votre concessionnaire Volkswagen. Photos non contractuelles. Sous réserve de modifications ou d'erreurs. Offres valables pour des commandes jusqu'au 28/02/2025.

*Exemple : durée de 48 mois, 15.000 km/an, acompte de 25 %. Partie financement hors services supplémentaires pouvant être ajoutés (assurances, entretiens, pneus,...)

Pack Select compris dans l'offre PrivateLease.

volkswagen.lu/Autofestival

PUMA Titanium

ECOBOOST 125 ch



Photo non contractuelle

À partir de **263€ TTC/mois*** Assurance & entretien inclus – 24 mois

* Voir conditions en concession



Grand Garage Paul Wengler

Ettelbruck
+ 352 812 157 - 41
www.fordwengler.lu

Grevenmacher – Garage Schmit & Fils
Wiltz – Garage Schiltz



BEIM FISSCHEN
CAMPINGSHOP

1, Fuussekaul L-9156 Heiderscheid
Tél.: +352 26 88 94 33



Dethleffs

Sunlight

PÖSSL

FENDT
CARAVAN

LMC



Une mobilité responsable et durable

Le Luxembourg est un pionnier en matière de mobilité douce et durable !

Les résidents luxembourgeois l'apprécient au quotidien. Les touristes de passage le découvrent avec satisfaction – et, peut-être, avec une pointe d'envie par rapport à ce qui se passe dans leur pays d'origine.

Une approche multimodale et ambitieuse

Malgré (ou peut-être grâce à) sa petite taille, le Luxembourg mise depuis plusieurs années, de manière concrète, sur une mobilité à la fois responsable et durable. Les responsables privilégient une approche multimodale qui fait preuve d'innovation et d'ambition. Deux aspects de cette approche méritent une attention particulière.

Des pistes cyclables en constante expansion

Même s'il se situe au cœur du vaste réseau autoroutier de la Grande Région et de l'Europe, le pays porte une attention particulière aux deux-roues, et surtout au vélo – qu'il soit conventionnel ou électrique. Le pays dispose d'un réseau

de pistes cyclables fort dense et bien entretenu.

Selon les chiffres les plus récents disponibles, ce sont ainsi plus de 600 kilomètres de voies réservées aux cyclistes qui sillonnent les différentes parties du pays, numérotées de PC1 à PC23. Elles sont signalées par un panneau vert sur fond blanc disposé le long des parcours et aux intersections. Des systèmes de partage de vélos et des dispositifs de stationnement sécurisé près des gares ferroviaires sont également disponibles.

Une mobilité gratuite et de moins en moins polluante

Si de nombreux efforts sont également fournis par les autorités nationales ou communales pour favoriser les véhicules électriques, l'accent est surtout mis sur les transports en commun. Des transports de moins en moins chers et de plus en plus écologiques incitant les habitants et les visiteurs à limiter l'utilisation de la voiture, même si celle-ci bénéficie d'un réseau routier parfaitement entretenu.

Le Luxembourg fait incontestablement figure de pionnier en



matière de transports publics. La flotte en service, confortable et récente, se veut de plus en plus durable : les bus électriques remplacent en effet peu à peu les bus à motorisation thermique. Mais la véritable mesure-phare, hautement incitative pour les utilisateurs, est la gratuité des transports publics. Une mesure volontariste que peu de pays européens ont pour l'instant concrétisée.

C'est d'ailleurs le Luxembourg qui a donné l'exemple aux autres nations du Vieux Continent : la gratuité totale des transports publics a été instaurée en mars 2020 dans l'ensemble du pays. Les résidents, mais aussi les étudiants étrangers et les touristes de passage peuvent bénéficier de cette mesure qui leur permet de voyager à travers le pays sans dépenser un euro.

V O L V O

La Volvo XC40.
Généreusement équipée, en toute élégance.

GENERÖS

V O L V O COLLE

Collé Premium Cars sàrl.
140, route de Bascharage
LU-4513 Niederkorn

www.colle.lu
T.: +352 26 26 45 - 1
f i t n



**Pour des trajets en
famille (presque) plus
silencieux.**

**Profitez de nos conditions spéciales Autofestival
pour financer votre véhicule à faibles émissions !**

Plus d'infos sur [raiffeisen.lu](https://www.raiffeisen.lu) ou dans votre agence la plus proche.

Sous réserve d'acceptation du dossier par la banque.

 **Raiffeisen**

**Conditions
spéciales**

**jusqu'à fin
février 2025**

Automobile : les tendances et technologies en vogue



nouvelles technologies sont en plein essor. Non, ce n'est pas de la science-fiction !

Une conduite toujours plus autonome

Les progrès en matière d'intelligence artificielle et les nouveaux capteurs de haute précision permettront aux véhicules de naviguer sans intervention humaine, réduisant ainsi les accidents de circulation causés par inattention ou erreur humaine.

Plus connectés que jamais

Les véhicules seront de plus en plus connectés. Ils proposeront en temps réel des mises à jour sur la circulation, la météo et la communication entre les véhicules pour optimiser la sécurité et la fluidité du trafic.

Un meilleur confort durant les longs trajets

Si l'un des désavantages majeurs des véhicules électriques est la durée de recharge des batteries (ainsi que le coût parfois prohibitif), cela devrait s'améliorer sous peu. Les avancées technologiques dans le

domaine des batteries permettront des recharges plus rapides, rendant ainsi les longs trajets plus pratiques et plus agréables.

Des fonctionnalités personnalisées

L'évolution de l'intelligence artificielle permettra d'adapter les principales fonctionnalités du véhicule aux besoins et aux préférences du conducteur, offrant ainsi une expérience de conduite personnalisée et de plus en plus intuitive.

Des véhicules (plus) durables

L'industrie automobile s'oriente vers l'utilisation accrue de matériaux écologiques et/ou recyclés pour la construction des véhicules de demain. Cette approche permettra de réduire l'empreinte carbone considérable de la production automobile actuelle.

Des expériences immersives d'info-divertissement

Les futures générations de systèmes d'info-divertissement permettront de vivre des expériences immersives grâce à des affichages en réalité virtuelle et des interfaces utilisateur gestuelles et vocales.

Une maintenance préventive

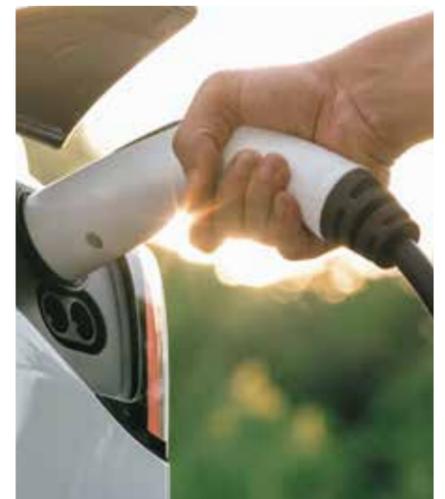
Les véhicules de demain seront capables de détecter, via une analyse des données en temps réel, leurs besoins de maintenance avant l'apparition de problèmes mécaniques.

Un look personnalisé

La technologie permettra à chacun d'exprimer son style et de modifier sur demande l'apparence extérieure des véhicules, offrant ainsi une personnalisation inégalée jusqu'à présent.

Le secteur automobile est en pleine mutation depuis plusieurs années. Et ce n'est que le début ! Des changements parfois radicaux se profilent à l'horizon...

Sous l'égide de quelques grands groupes industriels, le monde de l'automobile connaît depuis plusieurs années des transformations d'envergure. Il ne s'agit pas seulement de transformations, mais d'un profond chamboulement dans la conception même de l'automobile et dans l'approche des utilisateurs. Et ce n'est qu'un début ! Pour 2025 et les années suivantes, plusieurs grandes tendances et



SEIT VIER GENERATIONEN FÜR IHRE MOBILITÄT IM EINSATZ.



AUTOFESTIVAL
25 JAN - 3 FEV 2025

LuxMotor SARL

5, rue Henri Tudor
Z.A. Syrdall 1

L-5366 Munsbach

Tél. (+352) 26 12 22-1

LuxMotor SARL

3, rue de l'Avenir
L-3895 Foetz

Tél. (+352) 26 54 41-1



info@luxmotor.lu
www.luxmotor.lu



Recharger votre véhicule électrique avec l'énergie solaire; c'est possible grâce aux solutions tout-en-un de Solartech® !

Des avantages multiples :

Ces solutions all-in-one, installées par les experts de Solartech®, offrent de nombreux avantages aux propriétaires de panneaux solaires et de véhicules électriques:

- **Recharge gratuite:** Rechargez votre véhicule électrique avec l'énergie gratuite du soleil et réduisez considérablement votre facture d'électricité, avec des économies non négligeables.
- **Écologie:** Contribuez à la transition énergétique et réduisez votre empreinte carbone en utilisant une énergie propre et renouvelable.
- **Autonomie énergétique:** Devenez plus indépendant des fluctuations du prix de l'électricité et des coupures de courant grâce au stockage de l'énergie solaire.
- **Facilité d'utilisation:** Gérez votre consommation d'énergie et la recharge de votre véhicule de manière simple et intuitive grâce à des applications dédiées.
- **Vehicle-to-grid (V2G):** Les véhicules électriques peuvent non seulement puiser de l'énergie du réseau, mais aussi la réinjecter, améliorant ainsi l'indépendance énergétique et la stabilité du réseau.



CONTACTEZ-NOUS
POUR UN RENDEZ-VOUS



26 95 75 11



info@solartech.lu



www.solartech.lu

SUNGROW
Clean power for all



SOLARTECH® / OPTIBELUX SA
18C DUERFSTROOSS
L-9689 TARCHAMPS

Révolutionnez votre consommation d'énergie avec Solartech® : la borne de recharge intelligente qui optimise votre installation solaire

La transition énergétique est en marche, et avec elle, l'essor des véhicules électriques et une prise de conscience écologique croissante. Dans ce contexte, l'autoconsommation solaire devient un enjeu majeur. L'optimisation des installations photovoltaïques futures ou existantes est possible au Luxembourg. Solartech®, à travers ses fournisseurs de référence, Huawei et Sungrow, propose des solutions « all-in-one » innovantes qui permettent de recharger son véhicule électrique avec l'excédent de production solaire, alliant ainsi économies et respect de l'environnement. Solartech®, votre expert en énergie renouvelable, vous accompagne dans l'installation et la mise en service de ces solutions.

L'autoconsommation solaire, qui consiste à consommer l'énergie produite par ses propres panneaux solaires, est en plein essor. Au Luxembourg, de nombreux foyers ont déjà adopté ce système. Face à la crise énergétique actuelle et à la nécessité de réduire notre dépendance aux énergies fossiles, l'autoconsommation représente une solution durable et responsable.

Ces solutions « all-in-one » simplifient l'intégration de l'énergie solaire pour la recharge des véhicules électriques en offrant un système intégré et performant.

Recharger sa voiture électrique avec le soleil : une solution économique et écologique

Huawei et Sungrow, deux acteurs majeurs du secteur des énergies renouvelables, lancent des solutions complètes pour une recharge de véhicules électriques optimisée.



Solution Huawei

Composée de l'onduleur hybride Sun 2000 10 KTL, de la batterie Luna 2000 10S0 et de la borne de recharge Charger 11 kW, cette solution permet de maximiser l'utilisation de l'énergie solaire. L'onduleur convertit le courant continu produit par les panneaux solaires



en courant alternatif utilisable dans la maison et pour la recharge du véhicule. La batterie stocke l'excédent de l'énergie solaire pour une utilisation ultérieure, notamment la nuit ou par temps couvert. La borne de recharge intelligente gère la puissance de charge en fonction de la production solaire et des besoins du véhicule.

Solution Sungrow

Sungrow propose une solution avec l'onduleur hybride SH10RT, la batterie SBR096 et la borne de recharge AC 011. Cette solution se distingue par sa simplicité d'installation et d'utilisation, ainsi que par son efficacité énergétique. L'onduleur SH10RT assure une conversion optimale de l'énergie solaire, tandis que la batterie SBR096 offre une grande capacité de stockage. La borne AC 011 permet une recharge rapide et sécurisée du véhicule électrique.

Solartech®, société luxembourgeoise, peut installer ces solutions chez vous.

Des avantages multiples pour les utilisateurs

Ces solutions « all-in-one », installées par les experts de Solartech®, offrent de nombreux avantages aux propriétaires de panneaux solaires et de véhicules électriques :

- Recharge gratuite : Rechargez votre véhicule électrique avec l'énergie gratuite du soleil et réduisez considérablement votre facture d'électricité, avec des économies non négligeables.
- Écologie : Contribuez à la transition énergétique en utilisant

une énergie propre et renouvelable.

- Autonomie énergétique : Devenez plus indépendants des fluctuations du prix de l'électricité et des coupures de courant grâce au stockage de l'énergie solaire.
- Facilité d'utilisation : Gérez votre consommation d'énergie et la recharge de votre véhicule de manière simple et intuitive grâce à des applications dédiées.
- Vehicle-to-grid (V2G) : Les véhicules électriques peuvent non seulement puiser de l'énergie du réseau, mais aussi la réinjecter, améliorant ainsi l'indépendance énergétique et la stabilité du réseau.

En conclusion, les solutions all-in-one de Huawei et Sungrow, installées par Solartech®, offrent une opportunité unique de combiner

les avantages de l'énergie solaire et de la mobilité électrique. Elles permettent aux propriétaires de maisons équipées de panneaux solaires de recharger leurs véhicules électriques de manière économique et écologique, tout en contribuant à la transition énergétique. N'hésitez pas à contacter Solartech® pour en savoir plus et pour découvrir comment optimiser votre installation solaire.

À propos de Solartech®

Solartech® est spécialisée dans l'installation de solutions d'énergie renouvelable pour les particuliers et les professionnels. Nous accompagnons nos clients dans leur transition énergétique en proposant des solutions innovantes et performantes.

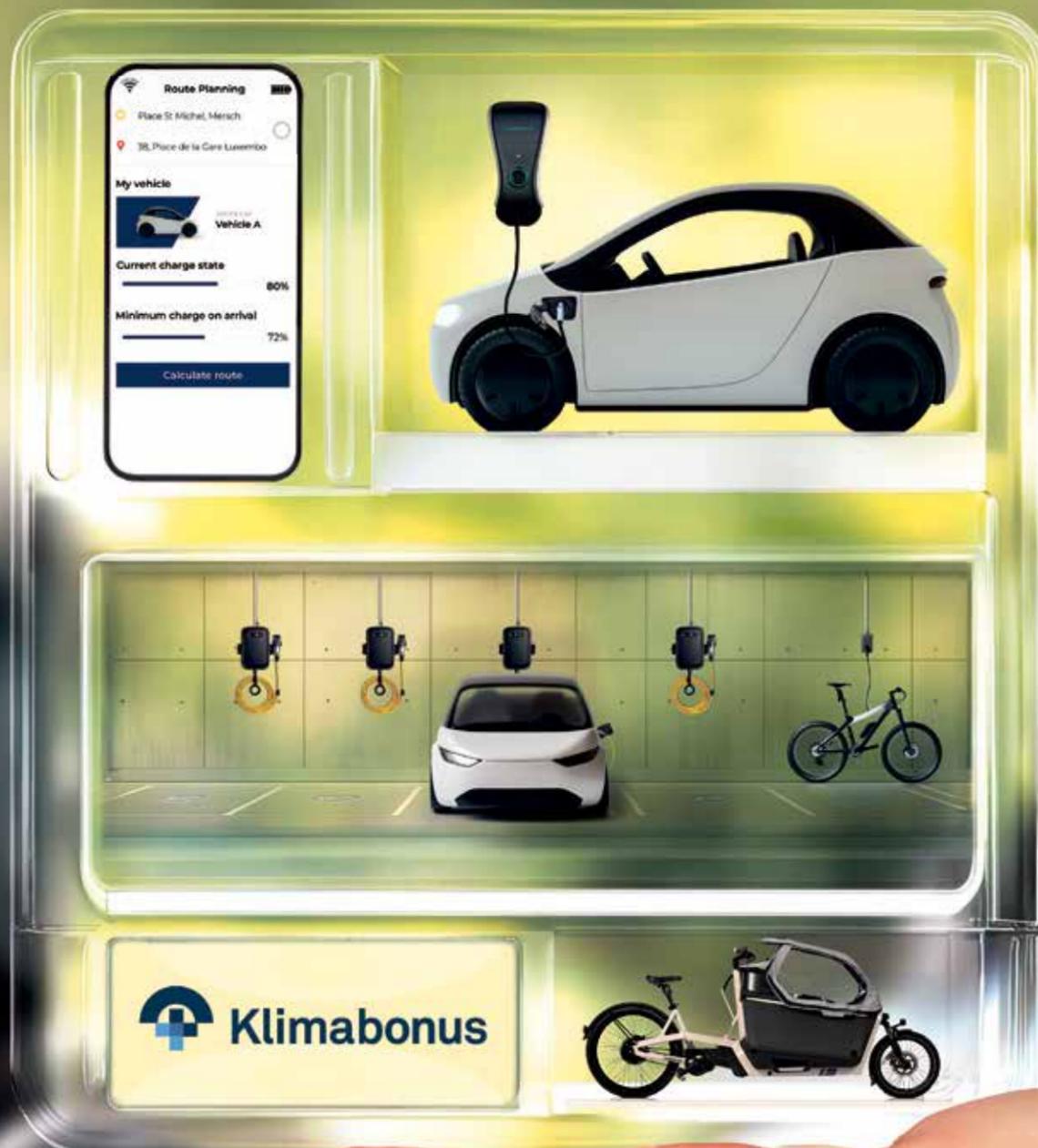
Contact :
26 95 75 11 • info@solartech.lu
www.solartech.lu

VENDRE sa VOITURE
de son **CANAPÉ?**
OUI, c'est vraiment très
SIMPLE !



CARLUXEMBOURG
www.carluxembourg.eu

ALLES OP ENGER PLAZ FIR ÄREN ELEKTROMOBILITÉITSPROJET



klima-agence.lu

Wiesselt mat eiser onofhängeger
a gratis Berodung op Elektromobilitéit
a profitéiert vun de Klimabonus-Bäihëllefen.



**klima
agence**

Shaping our
future together



LE GOUVERNEMENT
DU GRAND-DUCHÉ DE LUXEMBOURG

Finanzéiert duerch de Fonds climat et énergie

PORSCHE

Chaque histoire mérite son Macan.

OFFRE LIMITÉE : KIT ROUES HIVER COMPLET OFFERT.

Porsche Zenter Lëtzebuerg
Garage André Losch S.à r.l.
5, rue Peternelchen
L-2370 Howald
T. +352 26 36 31-1
porsche.lu

Porsche Zenter Roost
Garage André Losch S.à r.l.
4, rue André Losch
L-7759 Roost
T. +352 26 36 31-1
porsche.lu

Macan 4S WLTP : Consommation électrique combinée (kwh/100 km)[gamme]: 20,7 – 17,7 kWh/100 km,
Emissions de CO2 combinée (g/km)[gamme]: 0 g/km

AUTOFESTIVAL
25 JAN - 3 FEV 2025





Ihr direkter Link zur Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein.

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.

BHW Bausparkasse
Niederlassung Luxemburg
16, rue Erasme
L-1468 Luxembourg Kirchberg
info-lux@bhw.lu
www.bhw.lu

BHW 
Gemeinsam für Ihr Zuhause